

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

**Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2000/2001**

Jahresmodell LIMA/99

Oktober 2000

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Daniela Grozea-Helmenstein
Christian Helmenstein
Helmut Hofer
Jaroslava Hlouskova
Reinhard Koman
Elizaveta Krylova
Robert Kunst
Monika Riedel
Edith Skriner
Martin Wagner
Andrea Weber

**Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien**

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Zusammenfassung	1
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	3
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	4/5
2. Die internationale Konjunktur	6
2.1. Internationale Konjunkturprognosen	6
2.2. Länderprognosen	8
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	19
3. Die österreichische Außenwirtschaft	20
4. Perspektiven der Inlandskonjunktur	24
5. Monetäre Prognose	32
Abbildungen: Ergebnisse der monetären Prognose	35/36/37
Tabellenanhang	38

1. Einleitung und Zusammenfassung

Konjunkturstabilisierung auf hohem Niveau

Die österreichische Wirtschaft ist laut den vorliegenden Zahlen im ersten Halbjahr um knapp 4 % gewachsen. Die kräftige heimische Konsumnachfrage und die von den Exporten getragene Ausweitung in der Sachgüterproduktion sind die primären Triebkräfte der heimischen Konjunktur. Die Konjunkturaussichten im gesamten OECD-Raum sind weiterhin günstig, obwohl sich in den USA erste Zeichen für eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums zeigen. Nicht zuletzt durch den schwachen Euro-Kurs wurde der Aufschwung im Euro-Raum durch eine starke Exportnachfrage getrieben. In der Euro-Zone dürfte der Konjunkturröhepunkt in der Jahresmitte 2000 erreicht worden sein und sich die Wirtschaftsentwicklung im restlichen Prognosezeitraum abflachen. Die Einschätzung der internationalen Konjunktur hat sich im Vergleich zur Juni-Prognose nur unwesentlich geändert.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut für heuer weiterhin ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich von 3.4 %. Die kräftige heimische Nachfrage wird von der Exportdynamik unterstützt. Im Einklang mit der sich abschwächenden internationalen Konjunkturdynamik wird die österreichische Wirtschaft 2001 um 2.8 % wachsen. Die Rücknahme der Wachstumsprognose um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt resultiert aus den gestiegenen Importpreisen und der Budgetkonsolidierung, welche das Wachstum nur geringfügig dämpft.

Seit dem Juni-Termin sind die Prognoserisiken gestiegen. In den letzten Monaten lag der Anstieg der Verbraucherpreise über den Erwartungen. Sowohl die Rohölpreise als auch der Euro-Wechselkurs entwickelten sich in den letzten Monaten sehr volatil. Verschiedentlich werden Befürchtungen geäußert, dass der hohe Rohölpreis in die Löhne übergewälzt wird. Solche Entwicklungen könnten die internationale Konjunktur deutlicher dämpfen. Wie schon in der Juni-Prognose unterstellt das Institut einen Rohölpreis von 27 USD / barrel im Jahresdurchschnitt für 2001.

Der reale private Konsum in Österreich wird 2000 um 3.0 % und 2001 um 2.3 % wachsen. Die Steuerreform in Verbindung mit dem Familienpaket trägt heuer zu einer kräftigen Erhöhung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte bei. Aufgrund der Budgetkonsolidierung werden die Einkommen der Haushalte im nächsten Jahr etwas schwächer steigen, ein Teil dieses Rückganges wird aber von einer zurückgehenden Sparquote aufgefangen.

Die vorliegenden Indikatoren weisen auf eine gute Investitionsdynamik hin. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden heuer um 8.0 % und nächstes Jahr um 5.9 % wachsen. Die Baukonjunktur wird weiterhin schwach bleiben (1.3 % heuer und 1.1 % nächstes Jahr).

Österreichs Exportwirtschaft profitiert von der guten Auslandskonjunktur, der günstigen Entwicklung bei den Lohnstückkosten und der Abwertung des Euro. Die Wachstumsrate der Exporte laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) klettert nach einem Zwischentief von 3.5 % im Vorjahr heuer auf 9.3 % und im nächsten Jahr auf 6.7 %. Die realen Warenexporte laut VGR werden um 13.0 % und 8.5 % zunehmen. Das Wachstum im Reiseverkehr wird im Prognosezeitraum 2.0 % bzw.

2.5 % betragen. Die kräftige Konsumnachfrage und die Investitionsdynamik bedingen eine Belebung der realen Importnachfrage um 7.7 % heuer und 5.1 % im nächsten Jahr.

Während die reale Aussenhandelsprognose praktisch unverändert bleibt, fallen die Importpreissteigerungen deutlich stärker als erwartet aus. Die Terms-of-Trade (Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen) verschlechtern sich um rund 3 %. Bestimmend dafür sind einerseits die hohen Energiepreise und andererseits die Schwäche des Euro. Die Verschlechterung der Terms-of-Trade verursacht den geringen Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsproduktes von 0.4 %.

Die vorliegenden Daten der Österreichischen Nationalbank über die Leistungsbilanzentwicklung (*Cash-Bilanz*) in den ersten acht Monaten weisen eine deutliche Ausweitung des Leistungsbilanzdefizits aus. Verantwortlich dafür zeichnete die heimische Konjunkturbelebung, die höhere Importe nach sich zog, der hohe Dollarkurs und das teure Öl, welche die Einfuhrrechnung verteuern. Zusätzlich hat sich aufgrund der hohen Tourismusimporte die Reiseverkehrsbilanz verschlechtert. Aufgrund dieser Entwicklungen wird das Leistungsbilanzdefizit im heurigen Jahr auf 3 ¼ % des BIP ansteigen. 2001 könnte das Defizit wegen der Konjunkturabschwächung und der ruhigeren Preisentwicklung etwas geringer ausfallen.

Die Inflationsrate stieg im Juni um rund 1 Prozentpunkt auf 2.7 %. Verursacht wurde der Preisanstieg durch die hohen Energiepreise und die Anhebung der indirekten Steuern. Vor diesem Hintergrund wird die Inflationsprognose auf 2.2 % im Jahresdurchschnitt 2000 angehoben. Im nächsten Jahr sollte die Inflationsrate wieder auf 1.9 % zurückgehen. Diese Prognose unterstellt, dass der Anstieg der Energiepreise nicht in die Löhne übergewälzt wird und der internationale Wettbewerbsdruck Preisdisziplin bei den Unternehmern erzwingt.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiterhin ausgezeichnet. Allerdings hat sich die positive Beschäftigungsdynamik in den letzten Monaten deutlich verlangsamt. Das Institut rechnet nunmehr mit einer Beschäftigungsausweitung von 1.0 % bzw. 0.7 % für 2001. Aufgrund des stagnierenden Arbeitskräfteangebots wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im heurigen Jahr erstmals seit 1992 wieder unter die 200.000er Marke sinken. Die Arbeitslosenrate in nationaler Definition wird auf 5.9 % bzw. 5.6 % zurückgehen. Dies impliziert Werte von 3.3 % und 3.2 % laut Eurostat-Berechnungsmethode.

Wegen der guten Konjunkturentwicklung geht das Institut davon aus, dass die Nettodefizit-Quote heuer 1.6 % des BIP betragen wird. Vor dem Hintergrund der Konjunktur- und Budgetentwicklung in der Euro-Zone ist die geplante Absenkung der Nettodefizitquote auf 0.75 % im Jahr 2001 und auf 0 % im Jahr 2002 zu begrüßen. Notwendig für eine auch mittelfristig erfolgreiche Budgetpolitik erscheint eine erfolgreiche Umsetzung von notwendigen Strukturreformen. Weiters sind Maßnahmen zur Reduktion der hohen Steuer- und Abgabenquote in Österreich zu setzen.

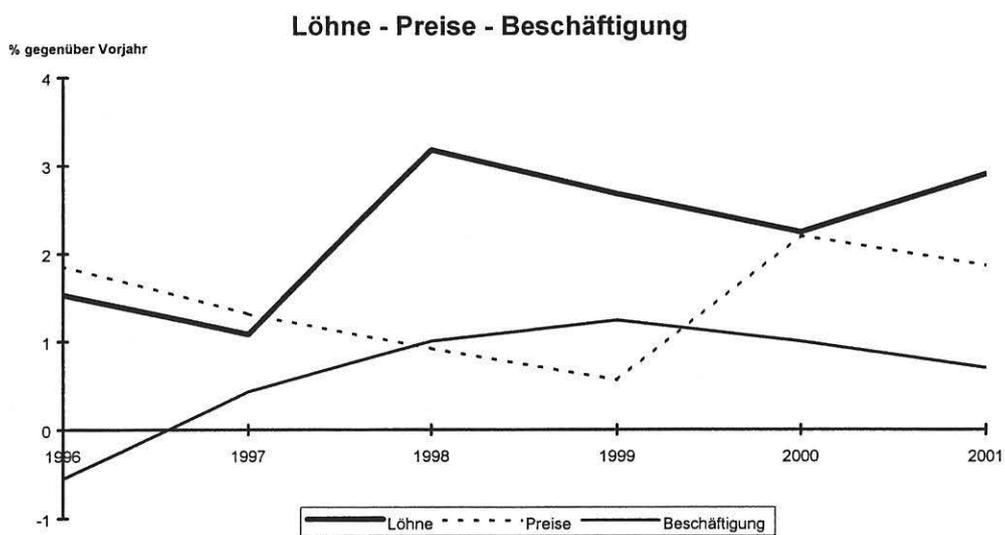
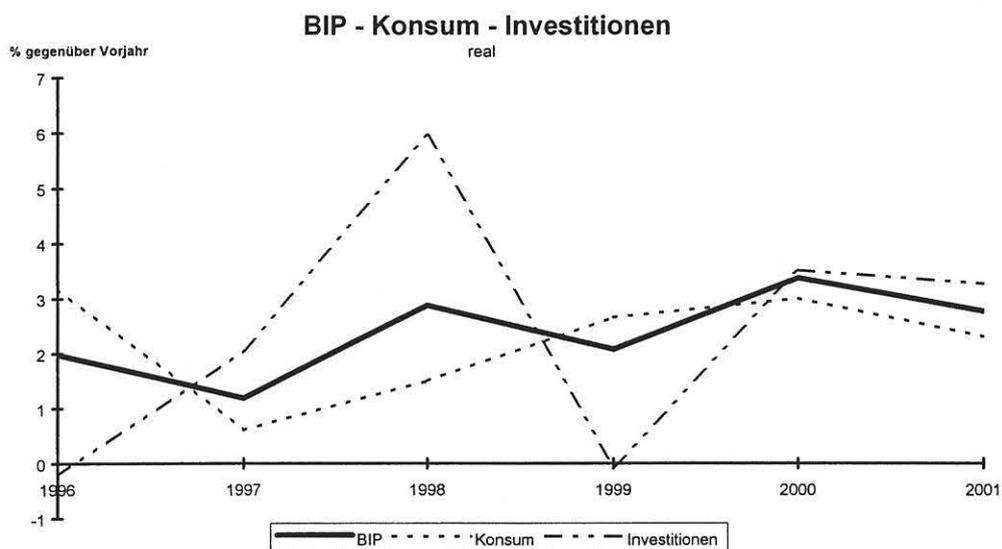
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

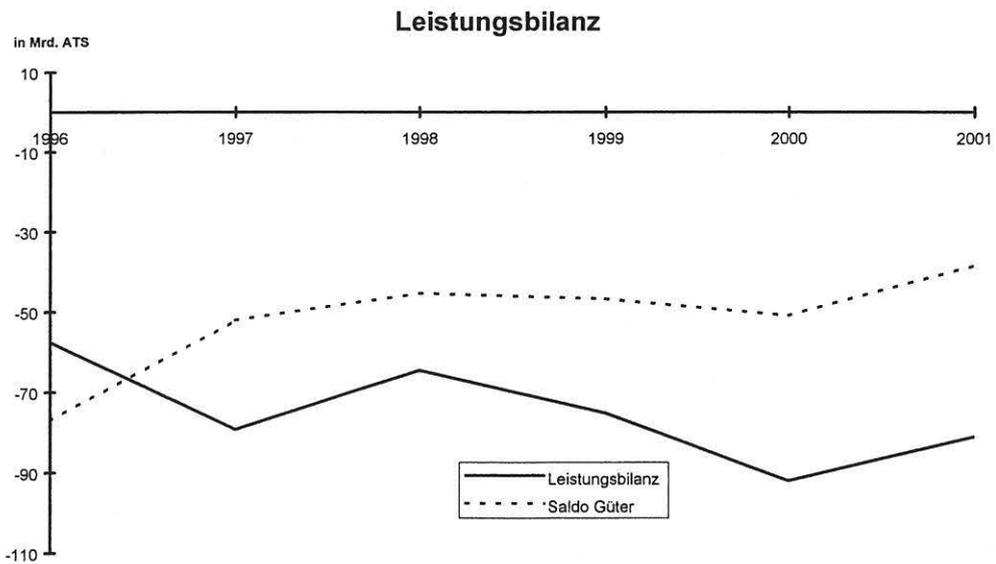
	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt, real	2.1	3.4	2.8
Privater Konsum, real	2.7	3.0	2.3
Bruttoinvestitionen insg., real	-0.1	3.5	3.3
Ausrüstungsinvestitionen, real	5.5	8.0	5.9
Bauinvestitionen, real	1.0	1.3	1.1
Inlandsnachfrage, real	1.4	2.6	1.9
Exporte i.w.S., real	3.5	9.3	6.7
Waren, real (lt. VGR)	5.9	13.0	8.5
Reiseverkehr, real (lt. VGR)	1.9	2.0	2.5
Importe i.w.S., real	1.9	7.7	5.1
Waren, real (lt. VGR)	4.3	8.4	6.4
Reiseverkehr, real (lt.VGR)	-2.3	4.5	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.2	1.0	0.7
Arbeitslosenrate: Nationale Definition ^{*)}	6.7	5.9	5.6
Arbeitslosenrate: Eurostat-Definition ^{*)}	3.8	3.3	3.2
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigtem	2.7	2.2	2.9
Preisindex des BIP	0.9	0.4	1.5
Verbraucherpreisindex	0.6	2.2	1.9
3-Monats-Euro-Anleihenrendite ^{*)}	2.9	4.6	5.1
10-Jahres-Euro-Anleihenrendite ^{*)}	4.7	5.4	5.4
Leistungsbilanz (Mrd.ATS) ^{*)}	-75.1	-91.9	-80.9

^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE /2



2. Die internationale Konjunktur

2.1. Internationale Konjunkturprognosen

In dieser Prognose geht das Institut davon aus, dass sich der Welthandel im laufenden Jahr um über 10 % beschleunigt, und für das nächste Jahr wird mit einer leichten Abschwächung gerechnet. Der Rohölpreis erreichte im September etwa 36 USD / barrel. Das IHS nimmt an, dass er im Jahresdurchschnitt 2001 auf 27 USD / barrel fallen wird. Die Leitzinsen der USA erreichten im Sommer 6.5 % und verbleiben bis zum Ende des Jahres 2001 unverändert. Im Euro-Raum steigt das Zinsniveau leicht an. Eine Veränderung gibt es jedoch bei der Einschätzung der Euro-Kursentwicklung. Es wird nun angenommen, dass der Euro bis zum Ende des Jahres unverändert auf niedrigem Niveau bleibt und erst im nächsten Jahr an Wert gewinnt.

Der IWF revidierte im September seine Erwartungen über die Weltwirtschaftsentwicklung im laufenden Jahr nach oben, da sich die Aussichten in den Industrieländern deutlich verbessert haben. Die Industrieländer dürften heuer um 4.2 % statt der zuletzt prognostizierten 3.6 % wachsen, die Erwartungen für das nächste Jahr bleiben bei etwas über 3 % unverändert. Ein noch stärkeres Wirtschaftswachstum dürfte von den Entwicklungsländern ausgehen, die heuer und auch im nächsten Jahr um etwa 5.6 % expandieren werden. Eine starke Nachfrage wird vor allem aus Asien und Lateinamerika erwartet. Die durchschnittliche Wachstumsrate der wichtigsten asiatischen Länder liegt bei etwa 6 % im laufenden Jahr, für das nächste Jahr wird eine leichte Abschwächung um einen Prozentpunkt erwartet. Die Wirtschaft Lateinamerikas weist ein ähnliches Wachstumsmuster auf. Das Weltwirtschaftswachstum dürfte daher laut IWF heuer 4.7 % und im nächsten Jahr 4.2 % betragen.

Ende September intervenierte die EZB (Europäische Zentralbank) gemeinsam mit den Notenbanken der USA und Japan zu Gunsten des Euro. Die konzertierten Interventionen sind ein Ausdruck der gemeinsamen Besorgnis über die möglichen Auswirkungen der jüngsten Bewegungen im Euro-Wechselkurs auf die Weltwirtschaft. Die Tendenz der Kursentwicklung zeigt zwar weiter nach unten, jedoch geht das IHS davon aus, dass der Wechselkurs nicht weiter fällt. Grund für die Abschwächung des Euro gegenüber dem USD in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres ist vor allem die anhaltend und unerwartet gute Wirtschaftsentwicklung in den USA, die den USD-Kurs nochmals gestärkt hat. Im vergangenen Juni rechnete das Institut mit einer leichten Abschwächung der US-Konjunktur in diesem Zeitraum und einem damit einhergehenden Rückgang des USD-Kurses. Im nächsten Jahr dürfte sich die Wachstumsdifferenz des BIP zwischen EU und USA verringern und sich positiv auf den Wechselkurs EUR/USD auswirken.

Nachdem die EZB Ende August den Leitzinssatz um 0.25 Basispunkte an hob, blieb er im September unverändert auf 4.5%. Begründet wird dieser Schritt damit, dass trotz der hohen Rohölpreise und des schwachen Euros die Kerninflation gering ist. Daher ist auch in der nahen Zukunft mit einer weiteren Zinsanhebung nicht zu rechnen.

Auf Grund dieser Annahmen hat sich die Einschätzung über die Entwicklung der internationalen Konjunktur für das laufende Jahr etwas verbessert. Insbesondere profitieren die EU-Länder vom Wechselkurs, während die gute Wirtschaftsdynamik der USA länger anhält als zuletzt erwartet. Der Europäischen Wirtschaftsentwicklung entgegen wirkt jedoch die Preisentwicklung, die nun etwas höher ausfällt. Verantwortlich dafür sind die Preise der fossilen Brennstoffe und vor allem der schwache Euro. Nachdem die meisten Europäischen Länder durch die starke Nachfrage aus Übersee das Kapazitätslimit erreicht haben und sich das Angebot von qualifizierten Arbeitskräften erschöpft hat, ist auch mit Preisdruck von Seiten der Löhne zu rechnen.

Die Europäische Wirtschaft dürfte im laufenden Jahr um 3.5 % wachsen, wobei die wichtigsten Wachstumsbeiträge von Deutschland, Frankreich und dem Vereinigten Königreich kommen. Im zweiten Quartal wuchsen die Euro-Länder im Jahresabstand um 3.8 %. Für das dritte Quartal wird eine Beschleunigung auf 4.4 % erwartet. Zurückzuführen ist das Wachstum in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres auf die weiterhin gute internationale Nachfrage.

Die Produktion und Kapazitätsauslastung in der Industrie nehmen zur Zeit weiter zu. Der Handelsblatt-Eurokonjunktur-Indikator stieg im August auf 3.7 %. Nachdem der Indikator im Frühjahr vier Monate lang auf hohem Niveau verharrte, war nun die zweite Aufwärtsbewegung in Folge zu verzeichnen. Die Entwicklung deutet auf eine zunächst noch weiter zunehmende Konjunkturdynamik im Euro-Raum hin. Im Zentrum des Aufschwungs steht nach wie vor die überaus lebhafteste Industriekonjunktur. Auch die Kapazitätsauslastung des Verarbeitenden Gewerbes ist nochmals gestiegen. Sie lag im Juli mit knapp 84 % deutlich über dem langjährigen Durchschnitt von 81.6 %. Seit Ende letzten Jahres hat die Zahl der Unternehmen, die für die nähere Zukunft mit Kapazitätsengpässen rechnen, stark zugenommen. Die Firmen erwarten vor allem vom Export weiter zunehmende Nachfrageimpulse. Vermehrt planen die Unternehmen aber die Einstellung neuer Mitarbeiter. Dies kann als sicheres Indiz für einen anhaltenden Aufschwung der Industrie gelten.

Nach Schätzungen der EZB hat die gesamte Beschäftigung im Euro-Raum zugenommen. Trotz anziehendem Wirtschaftswachstum ist die Arbeitslosenquote in der EU laut Eurostat-Daten zwischen Juli 1999 und Juli 2000 lediglich von 9.1 % auf 8.3 % gesunken. Damit ist sie rund doppelt so hoch wie in den USA mit 4.0 % und Japan mit 4.6 %. Innerhalb der EU sind die niedrigsten Arbeitslosenzahlen in Luxemburg, den Niederlanden und Österreich zu beobachten; den höchsten Wert weist Spanien mit einer Arbeitslosenrate von etwa 14.1 % auf.

Ab der zweiten Hälfte des laufenden Jahres dürften die Konsumausgaben der privaten Haushalte in der EU etwas langsamer wachsen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf Preissteigerungen, die ab der zweiten Hälfte des laufenden Jahres das reale Einkommen der Haushalte schmälern.

Für das Jahr 2001 wird in der EU ein leichter Rückgang der Wirtschaftsdynamik erwartet, da neben den Preissteigerungen die Impulse aus dem Ausland im nächsten Jahr etwas nachlassen. Im Jahre 2001 sollte das BIP-Wachstum nur noch 3 % betragen.

2.2. Länderprognosen

Deutschland

Die deutsche Wirtschaft erreichte in der Mitte des laufenden Jahres den Konjunkturoberpunkt. Getragen wird die Wirtschaftsentwicklung von einer boomenden Auslandsnachfrage. Für das laufende Jahr wird daher ein BIP-Wachstum von über 3 % erwartet. Im nächsten Jahr ist wieder mit einem Wachstum von knapp 3 % zu rechnen. Die Verbraucherpreise dürften dabei in beiden Jahren die 2-Prozent-Marke überschreiten.

Die deutsche Industrie ist nach einer Umfrage unter Einkaufsmanagern weiterhin auf Wachstumskurs. Allerdings sei der BME/Reuters-Einkaufsmanager-Index Deutschland (EMI) im September saisonbereinigt auf 56.5 Punkte gesunken, teilte die Forschungsgruppe NTC mit. Obwohl sich das Wachstumstempo verlangsamt, signalisiert der Index eine gute Konjunktur. Gleichzeitig liefert die Umfrage aber auch Hinweise auf eine Abschwächung der Inlandsnachfrage und Produktionsauslastung bei einigen der befragten Unternehmen.

Der im September veröffentlichte Ifo-Geschäftsklimaindex für August ist zwar gegenüber Juli leicht zurückgegangen, womit dieses Konjunkturbarometer schon den dritten Monat in Folge nach unten zeigt. Aus diesem Index-Rückgang von 99.1 auf 99.0 kann jedoch nicht auf eine Veränderung im Wachstumstrend geschlossen werden. Der Handelsblatt-Indikator zeigt nun seit sechs Monaten einen hohen und ungewöhnlich stabilen Wachstumstrend von rund 3 % an. Der Verlauf deutet damit für die nähere Zukunft auf einen stabilen Wachstumspfad ähnlich wie Mitte der 80er-Jahre hin, vermutlich sogar auf etwas höherem Niveau. Für das Gesamtjahr 2000 ist nach dem Verlauf des Handelsblatt-Frühindikators im dritten Quartal eine Wachstumsrate von leicht über 3 % zu erwarten. Auch der Deutsche Industrie und Handelstag (DIHT) rechnet in diesem Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von über drei Prozent.

Das Statistische Bundesamt teilte Anfang September mit, dass das deutsche BIP im ersten Halbjahr um 3.3 % über jenem des ersten Halbjahres 1999 lag. Das war das höchste Wirtschaftswachstum seit Bestehen der deutschen Einheit. Die Industrieproduktion wuchs in diesem Zeitraum um 6 %, jedoch ist im Baugewerbe keine Verbesserung der Wirtschaftslage feststellbar. In der Mitte des laufenden Jahres dürfte das deutsche Wirtschaftswachstum allerdings seinen Höhepunkt erreicht haben, da Kapazitätsschranken erreicht werden.

Die deutsche Wirtschaft profitiert bis zum Ende des Jahres vom weiterhin schwachen Euro und bezieht einen wesentlichen Wachstumsbeitrag vom Außenhandel. Als schwunghaft erwies sich der Handel mit den Europäischen Partnerstaaten und überdurchschnittlich entwickelte sich der Handel mit Asien. Die deutschen Exporte werden in diesem Jahr real um 13 % und im kommenden Jahr nochmals um 5 % ansteigen. Kräftige Zuwächse sind auch bei den Einfuhren zu erwarten, die in diesem Jahr real um 10 % und in 2001 um 6 % wachsen werden. Der Tempoabfall des Exportwachstums im nächsten Jahr wird von der Binnenwirtschaft aufgefangen.

Wachstumsbeschleunigungen werden dabei vom Konsum der privaten Haushalte und von den Anlageinvestitionen erwartet.

Durch die gute Konjunkturlage erhöhte sich die Beschäftigung in Deutschland weiter spürbar. Die Zahl der Erwerbstätigen ist nach vorläufigen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes im laufenden Jahr gestiegen. Der deutsche Gewerkschaftsbund kritisierte unterdessen die hohe Zahl der Überstunden. Durch den konsequenten Abbau von Überstunden könnten 900 000 neue Arbeitsplätze entstehen. Das Institut erwartet daher eine Arbeitslosenquote in diesem Jahr von durchschnittlich 8.3 %, im kommenden Jahr dürften 7.2 % erreicht werden.

Durch den konjunkturellen Aufschwung und die erhebliche Verteuerung der fossilen Brennstoffe steigen die Verbraucherpreise bis zum Ende des Jahres weiter an. Für das laufende Jahr wird daher die Teuerung 2.1 % betragen, um 0.3 Prozentpunkte höher als zuletzt erwartet. Auch für das nächste Jahr ist die Preisentwicklung höher einzuschätzen, wobei Preissteigerungsraten noch immer über 2 % liegen werden.

Weitere westeuropäische Länder

Italiens Wirtschaft dürfte heuer um etwa 2¾ % wachsen. Dies ist ein halber Prozentpunkt mehr als zuletzt erwartet. Die BIP-Prognose der italienischen Regierung liegt bei 2.8 %. Verglichen mit den bescheidenen Wachstumsraten der vergangenen Jahre erscheint dies aus italienischer Sicht als beeindruckend.

Die italienische Konjunktur erreicht im dritten Quartal des laufenden Jahres bereits ihren Höchststand und wird sich in den folgenden Quartalen deutlich verlangsamen. 2001 dürfte das BIP um 2 ¼ % wachsen, wobei das Wirtschaftswachstum durch den Wertverlust des Euros etwa 0.3 % dazugewonnen hat. Die Wachstumserwartung für 2001 wird auch von der italienischen Confindustria unterstützt. Nach dem diesjährigen Aufschwung, so meinen die Prognostiker der Organisation, wird sich die konjunkturelle Fahrt im nächsten Jahr wieder verlangsamen. Die Prognosen anderer Forschungsinstitute liegen auch für das nächste Jahr um etwa 2.9 %.

Im laufenden und im nächsten Jahr wird das Wirtschaftswachstum Italiens vor allem vom Konsum der privaten Haushalte und den Anlageinvestitionen getragen, flankiert von einem Aufschwung der Exporte. Der Konsum der privaten Haushalte wird in beiden Jahren um 2.3 % wachsen. Die Wachstumserwartungen der Ausrüstungsinvestitionen liegen bei 5.5 %.

Die Exporte stiegen in der ersten Hälfte des laufenden Jahres im Jahresabstand um 10 %. Zum Anziehen der Exporte hat - nebst der chronischen Schwäche des Euro - vor allem die Erholung der asiatischen Wirtschaft beigetragen, deren Kollaps in den vergangenen Jahre den italienischen Außenhandel bedeutend dämpfte. Im nächsten Jahr dürfte der externe Sektor einen negativen Wachstumsbeitrag aufweisen. Zudem wird das Handelsbilanzdefizit chronischen Charakter annehmen, ein Symptom für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in der italienischen Industrie.

Nachdem die Industrieumsätze bis in die zweite Hälfte des laufenden Jahres stetig steigen, beginnt auch der Süden des Landes wirtschaftlich aufzuholen. Der Arbeitsmarkt reagiert positiv mit fallenden Arbeitslosenzahlen. Dieser Trend dürfte aber nur bis zum Ende des laufenden Jahres anhalten, da durch die erwartete Abschwächung des Exportwachstums im nächsten Jahr ein Rückgang bei der Arbeitskräftenachfrage zu erwarten ist.

Seit Anfang des laufenden Jahres beschleunigt sich die Teuerungsrate in Italien zusehends, wobei das Institut auch noch im nächsten Jahr mit einer Beschleunigung der Preisentwicklung rechnet. Im Gegensatz dazu erwartet die italienische Regierung eine Teuerungsrate von 2.3 % für heuer und 1.7 % im nächsten Jahr.

Das Wirtschaftswachstum **Frankreichs** zählt derzeit zu den höchsten innerhalb Europas und dürfte im laufenden Jahr etwa 3¼ % erreichen. Neben der weiterhin starken nationalen Nachfrage bringt der externe Sektor den wichtigsten Wachstumsbeitrag. Im nächsten Jahr dürfte sich das BIP-Wirtschaftswachstum auf etwa 3¼ % verlangsamen, zurückzuführen auf einen gedämpften Außenhandel. Die Inflation wird heuer noch unter der 2 %-Marke bleiben. Im nächsten Jahr dürften sich die Preissteigerungen jedoch beschleunigen.

Das Vertrauen der französischen Konsumenten erreichte im Juni einen absoluten Höhepunkt. Die verbesserten Arbeitsmarktbedingungen scheinen sich auf die Konsumausgaben positiv auszuwirken und lässt auf einen ungebrochenen Konsum der privaten Haushalte schließen. Die Jahreswachstumsrate für das erste Halbjahr lag bei 2.8 %. In der zweiten Hälfte des Jahres zeichnet sich jedoch eine Verlangsamung auf 2.4 % ab. Im kommenden Jahr werden die Konsumausgaben um 2.2 % wachsen.

Am Ende des zweiten Quartals waren die Erwartungen der französischen Industrie über den Geschäftsgang stark positiv. Der Geschäftsausblick des INSEE erreichte im Juli den höchsten Stand seit 5½ Jahren. Die gute Wirtschaftsentwicklung kommt von Produktivitätssteigerungen und Investitionen in High-Tech und internetbezogenen Aktivitäten. Zum ersten Mal seit den 80-er Jahren ist die Kapazitätsauslastung so stark gestiegen, dass am französischen Arbeitsmarkt eine Arbeitskräfteknappheit insbesondere im High-Tech-Bereich entstand. Dadurch dürften sich im nächsten Jahr die Arbeitskosten erhöhen.

Wie in den anderen Europäischen Ländern entspannt sich der Arbeitsmarkt zusehends. Neben dem hohen Beschäftigungsgrad führte allein die Einführung der 35-Stunden-Woche im Vorjahr zu etwa 7% zusätzlichen Arbeitsplätzen. In den zwei Jahren seit Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung wurden insgesamt 203.633 neue Posten geschaffen. Die französische Arbeitslosenrate beträgt heuer 10.1 % und im nächsten Jahr 9.6 %.

Frankreichs Preissteigerungsrate wird heuer nicht mehr als 2 % ausmachen. Im nächsten Jahr dürfte sich die Preisentwicklung auf 2.4 % beschleunigen. Nachdem Frankreich neben dem Vereinigten Königreich die höchste Besteuerung auf Treibstoffe hat, dürfte die Entwicklung am Rohölmarkt die betroffenen Industriezweige stark belasten.

Die Wachstumsprognose für das **Vereinigte Königreich** beträgt für das laufende Jahr 3½ % und für 2001 3 %. Die Konjunktur erreicht im dritten Quartal des laufenden Jahres ihren Höchststand und schwächt sich erst am Ende des nächsten Jahres ab. Die Arbeitsmarktbedingungen verbessern sich zusehends, und es zeichnet sich bereits ab, dass die Preissteigerungsraten heuer und im nächsten Jahr bei über 3 % liegen werden.

Diese Annahmen begründen sich auf einen leichten Wertverlust des BPS gegenüber dem USD und ein Ansteigen der Staatsausgaben um etwa 2 % im heurigen Jahr und etwa 3 % im nächsten Jahr.

Die Leitzinsen bleiben bis zum Ende des laufenden Jahres unverändert auf 6 % und werden im nächsten Jahr um 0.5 Prozentpunkte auf 6.5 % angehoben. Die Bank of England (BOE) entschloss sich im September, den Leitzinssatz unverändert zu belassen. Die Base Rate beträgt bereits seit sieben Monaten 6 %. Die BOE nimmt auch an, dass sich der Inflationsdruck des Landes etwas mindert, nachdem das Einkommenswachstum einen Tiefststand erreicht hat und es bereits Anzeichen dafür gibt, dass die Ausgaben der privaten Haushalte sinken.

Im laufenden und kommenden Jahr wird das Wachstum vom Konsum der privaten Haushalte getragen. Er dürfte sich heuer auf 3.7 % verlangsamen, verglichen mit 4.7 % im Vorjahr. Die realen Einzelhandelsumsätze bleiben auch im dritten Quartal des laufenden Jahres robust, bei durchschnittlich 4.2 % im Vorjahresvergleich. Die Erwartung, dass sich der Konsum im dritten Quartal abkühlt, hat sich nicht erfüllt. Jedoch wird bis zum Ende des Jahres ein leichter Rückgang zu beobachten sein, da sich steigende Zinsen auf die Konsumausgaben auswirken.

Das Vertrauen der verarbeitenden Industrie fiel im Juli des laufenden Jahres auf das niedrigste Niveau seit 18 Monaten, wobei das Geschäftsvertrauen und die Erwartungen über die zukünftigen Exporte besonders niedrig waren. Nachdem aber die US-Wirtschaft weiterhin sehr stark wächst und sich auch der USD gegenüber dem BPS gestärkt hat, haben sich die Aussichten wieder gebessert. Ein weiterer Wachstumsimpuls kommt nun auch von den Exporten. Der überraschende Anstieg der Auftragseingänge hat die Industrieproduktion angekurbelt. Die CBI beobachtet, dass die Industrie jedoch keinen weiteren Aufschwung erwartet.

Einige Sektoren der verarbeitenden Industrie wuchsen in den vergangenen Monaten besonders stark und haben Rückgänge in anderen Sektoren kompensiert. Die Produktion der New Economy-Sektoren, wie Computer, Mobiltelefone, Elektro- und optische Geräte, verzeichneten einen starken Aufschwung, die Produktion von langlebigen Wirtschaftsgütern war hingegen rückläufig. Die Produktion von Autos fiel im Jahresabstand um 6 %.

Der Arbeitsmarkt verbesserte sich und erreichte im August die niedrigste Arbeitslosenrate seit zwanzig Jahren. Insbesondere fällt der Anteil von jungen Menschen am gesamten Arbeitskräfteangebot auf. Im Vereinigten Königreich lässt sich ein Ungleichgewicht zwischen der vorhandenen Ausbildung der Bevölkerung und den nachgefragten Kenntnissen beobachten. Mehr als ein Viertel der Arbeitslosen lebt in Gebieten mit einer besonders hohen Arbeitskräftenachfrage.

Mit 3¼ % dürfte das BIP der **Schweiz** im laufenden Jahr so kräftig zulegen wie seit zehn Jahren nicht mehr. Für 2001 erwartet das Institut dann eine leichte Verlangsamung des BIP-Wachstums auf 2 %. Bremsfaktoren sind dabei die Hausse am Rohölmarkt, Wechselkurseffekte, der zunehmende Arbeitskräftemangel sowie eine Abschwächung des Welthandels im nächsten Jahr. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres lag das Schweizer BIP im Vorjahresvergleich mit 3.6 % deutlich über dem langfristigen Potenzialwachstum. Der Arbeitsmarkt ist angespannt und die Kapazitäten sind erstmals seit acht Jahren ausgelastet. Trotzdem bleibt die Teuerung heuer und im nächsten Jahr knapp unter 2 %.

Die der Prognose zugrunde gelegten Annahmen sind die Stärkung des Schweizer Frankens gegenüber dem USD und dem Euro und ein leicht steigendes Zinsniveau. Die Staatsausgaben werden heuer im Durchschnitt um 0.3 % wachsen und für das nächste Jahr wird eine Wachstumsrate um 1.5 % angenommen.

Der Leitzinssatz wird heuer durchschnittlich 2.8 % betragen und sich im nächsten Jahr um einen halben Prozentpunkt auf 3.3 % erhöhen. Die Wirtschaftsentwicklung in der ersten Hälfte des laufenden Jahres hätte eher für eine Straffung der Geldpolitik gesprochen, jedoch wurde vorerst darauf verzichtet. Zu den Begründungen zählt eine leichte Verlangsamung des Wirtschaftswachstums ab der Mitte des laufenden Jahres, der Rückgang der Teuerungsrate im August und der stärkere Schweizer Franken. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) beschloss daher Mitte September des laufenden Jahres, vorläufig nichts an ihrer Geldpolitik zu ändern. Das bedeutet, dass sie den Dreimonats-Libor, wie am 15. Juni festgelegt, im mittleren Bereich eines Zielbandes, das mit 3–4 % definiert wurde, halten will.

Der Konsum der privaten Haushalte stieg in der ersten Hälfte des laufenden Jahres im Vorjahresvergleich um 2.7 % und für das dritte Quartal wird eine ähnlich hohe Wachstumsrate erwartet. In den folgenden Quartalen dürfte sich der Konsum auf Grund von Preissteigerungen leicht abschwächen. Von einem Wachstum von 2.7 % im laufenden Jahr dürfte die Beschleunigung der Konsumausgaben im Jahr 2001 auf 2.3 % sinken. Das Exportwachstum, das 2000 zweistellig ist, verliert im kommenden Jahr ebenfalls an Schwung. Nach 12 % im laufenden Jahr dürfte sich das Exportwachstum auf 6.5 % verlangsamen.

Die schweizerischen Industriebetriebe verzeichneten ein glänzendes zweites Quartal und erwarten ein ebenso vielversprechendes drittes Quartal, wie die jüngste Umfrage der UBS ergeben hat. Aus dem daraus berechneten Trendbarometer lässt sich ein Wirtschaftswachstum von fast 4 % für das Sommerhalbjahr ableiten. Obwohl der industrielle Sektor lediglich ein Drittel zur Wertschöpfung beiträgt, tritt er als Nachfrager von Dienstleistungen auf und beeinflusst damit das Wachstum auch indirekt. Der Geschäftsgang des Industriesektors ist somit ein wichtiger Konjunkturindikator.

Rund 40 % der Unternehmen planen gemäss UBS eine Aufstockung der Stellen oder haben diese bereits vorgenommen, während nur rund 15 % den Personalbestand reduzieren möchten. Diese Aussage deckt sich mit der Einkaufsmanager-Umfrage vom Juni, wonach jedes dritte Unternehmen die Mitarbeiterzahl erhöht hat. Die schwungvolle Industriekonjunktur ist quer durch alle Branchen

feststellbar. Überdurchschnittlich gut läuft es in der Uhrenindustrie, während der Maschinenbau nach einem eher schwachen zweiten Quartal deutliche Verbesserungen erwartet. Die Bauwirtschaft, und dort vor allem der Hochbau, befindet sich im Aufschwung und damit dürfte der Textilsektor das Schlusslicht sein, der trotz besserer Aussichten noch immer einen unterdurchschnittlichen Geschäftsgang verzeichnet.

In der Schweiz nahm die Arbeitslosigkeit im August nochmals leicht ab, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft meldet. Die Arbeitslosenquote verharrte bei niedrigen 1.8 %. Die Inflation bei Konsumgütern liegt im Jahresdurchschnitt laut IHS-Prognose bei 1.8%.

USA

Die Wirtschaftsentwicklung der USA bleibt auch in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres robust. Nachdem in der ersten Jahreshälfte im Jahresvergleich ein Wachstum von etwa 6 % erreicht wurde, dürfte es sich in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres etwas abschwächen. Für das gesamte laufende Jahr prognostiziert das IHS gemeinsam mit anderen Instituten ein Wachstum von 5¼ %. Somit erreicht die US-Wirtschaft im laufenden Jahr die höchste Wachstumsrate seit 1984. Im Jahr 2001 dürfte die Wachstumsrate 3½ % erreichen. Die Inflationserwartungen für das laufende Jahr liegen bei etwa 3.3 %. Im nächsten Jahr dürfte sich die Preissteigerungsrate auf 3 % abschwächen. Die Arbeitslosenrate dürfte nicht mehr weiter sinken und bleibt somit in beiden Jahren bei etwa 4 %.

Die Annahmen für diese Prognose bilden ein gleichbleibendes Zinsniveau, eine Abschwächung des USD und höhere Staatsausgaben als im Budget vorgesehen.

Die US-Notenbank hob auf ihrer jüngsten Sitzung Mitte August die Leitzinsen nicht weiter an, warnte jedoch gleichzeitig zum wiederholten Mal vor möglichen Inflationsrisiken, da die gespannte Lage am Arbeitsmarkt und der damit verbundene Lohndruck sich auf die Preise überwälzen könne. Die letzten Arbeitsmarkt- und Inflationsdaten unterstützten jedoch diese Befürchtung nicht.

Wegen der erwarteten Verlangsamung der US-Wirtschaftsdynamik und der verbesserten Wirtschaftsbedingungen in Europa nimmt das Institut an, dass sich der USD im Jahr 2001 gegenüber dem Euro etwas abschwächen wird. Da die Staatsausgaben in der ersten Hälfte des laufenden Jahres schneller wuchsen als im Budget vorgesehen, geht das IHS davon aus, dass sich dieser Trend auch im dritten Quartal des laufenden Jahres fortsetzen wird.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres verbleibt die Wachstumsrate des Konsums der privaten Haushalte im Jahresvergleich weiterhin auf hohem Niveau, jedoch ist eine leichte Verlangsamung feststellbar. Ein deutlicher Anstieg wurde bei den Staatsausgaben und den Exporten verzeichnet. Die starke heimische Nachfrage brachte ein stärkeres Wachstum bei den Importen mit sich, wodurch sich die Außenhandelsposition verschlechterte.

Im dritten Quartal setzt sich die leichte Wachstumsverlangsamung beim Konsum der privaten Haushalte fort. Die Wachstumsraten der Einzelhandelsumsätze gehen in den Monaten Juli und

August leicht zurück und das hohe Zinsniveau wirkt sich auf die Errichtung und den Kauf von Eigenheimen aus. Das Konsumentenvertrauen sinkt zwar im August, es verbessert sich aber im September wieder. Verglichen mit dem Vormonat plant bereits wieder ein größerer Prozentsatz der Konsumenten, in den nächsten sechs Monaten Autos und Wohnungen zu kaufen und auf Urlaub zu fahren.

Der Wohnungssektor verschlechterte sich seit Ende des letzten Jahres, und in den Monaten Juli und August fiel die Anzahl der Baugenehmigungen verglichen mit dem Vorjahr um durchschnittlich 10 %. Nachdem die Zinsen für langfristige Kredite im September wieder fallen, dürfte sich bis zum Ende des Jahres der Wohnbau wieder erholen und somit auch die Einzelhandelsumsätze. Die langfristigen Zinsen fielen Anfang September von 8.2 % auf 7.9 %. Man kann daher damit rechnen, dass die Anträge für langfristige Kredite wieder steigen werden.

Durch die gute Auftragslage erreicht die industrielle Produktion im dritten Quartal Wachstumsraten um 6 %. Die Arbeitsproduktivität wuchs im zweiten Quartal um 5.7 % und gleichzeitig sanken die Arbeitskosten. Diese Entwicklung zeigt, dass der massive Einsatz von Technologie die Produktivität weiter verbessert hat. Die Verbraucherpreise und die Arbeitskosten bleiben daher moderat trotz des gespannten Arbeitsmarktes. Experten halten es für möglich, dass die US-Wirtschaft auch in den nächsten Jahren ein inflationsfreies Jahreswachstum von 5 % erreichen könnte, wenn sich Produktivitätssteigerungen im derzeitigen Ausmaß fortsetzen.

Die Arbeitslosenrate stieg im August auf 4.1 % gegenüber 4.0 % im Vormonat. Damit dürfte im Juli die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit ihren Tiefststand erreicht haben. Die derzeitige Lücke an Arbeitskräften wird weitgehend von Ausländern gefüllt, deren Beschäftigung auf einen Rekordstand geklettert ist. Experten rechnen damit, dass diese Tendenz anhalten wird. Aber auch die allgemeinen Bedingungen für Beschäftigte haben sich in der Mitte des Jahres verbessert, da viele Teilzeitkräfte oder temporäre Kräfte nun voll beschäftigt werden und bessere Verträge erhalten.

Die Exporte und Importe legen im dritten Quartal weiter zu, jedoch verschlechterte sich die Außenhandelsposition der US-Wirtschaft weiter auf Grund der weiterhin starken heimischen Nachfrage.

Japan

Nach der schwachen Entwicklung in den letzten Jahren zeichnet sich im laufenden Jahr eine Verbesserung der Wirtschaftsbedingungen ab. Das BIP-Wachstum wird heuer etwas über 1 % betragen. Im nächsten Jahr dürfte die Wachstumsrate sogar 2 % erreichen. Trotz der internationalen Preisentwicklung halten die deflationären Tendenzen bei den Verbraucherpreisen bis zum Ende des nächsten Jahres an.

In dieser Prognose wurde vorausgesetzt, dass der Rohölpreis nicht mehr weiter steigt und die BOJ (Bank of Japan) den Leitzinssatz kaum verändert. Der Yen gewinnt gegenüber dem USD nur leicht an

Wert und die Staatsausgaben steigen im nächsten Jahr um 1 %, nachdem sie heuer im Jahresdurchschnitt um 0.2% fallen.

Das Konsumentenverhalten der Japaner dürfte sich im Prognosezeitraum nicht verändern. Dadurch werden die Konsumausgaben weiterhin durchschnittlich um nur 0.8 % wachsen. Ein bedeutenderer Impuls kommt jedoch von der Industrie. Nachdem die Investitionen für Ausrüstung im letzten Jahr noch schrumpften, ist für heuer mit einem Anstieg von 4.7 % zu rechnen. Im nächsten Jahr wird in diesem Bereich ein Wachstum von 7.5 % erwartet. Der Einfluss des externen Sektors auf das BIP-Wachstum ist in beiden Jahren unbedeutend.

Auch die Economic Planning Agency sieht ein Voranschreiten der Entwicklung in Richtung selbst tragender Wirtschaft auf Basis der Industrie. Die Wirtschaft hat den Tiefpunkt überschritten und verbessert sich zusehends. Die Unternehmen wiesen in der ersten Jahreshälfte wachsende Gewinne insbesondere in den IT-bezogenen Branchen auf. Die gesamte verarbeitende Industrie wuchs im dritten Quartal des laufenden Jahres im Jahresabstand um 6 %. Auftragseingänge, die in der Mitte des laufenden Jahres um 15 % anstiegen, werden sich auf Grund der internationalen Rahmenbedingungen bis zum Ende des laufenden Jahres nur leicht abschwächen.

Nachdem das Exportwachstum inzwischen stark nach oben revidiert wurde, dürften die Exporte im laufenden Jahr um 12 % wachsen, verglichen mit 2 % im vergangenen Jahr. Die Exportchancen verlangsamten sich jedoch in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres. Im nächsten Jahr dürfte das Exportwachstum auf 5 % zurückgehen. Nachdem die Importe ein ähnliches Wachstumsmuster wie die Exporte aufweisen, wird es kaum Veränderungen beim Außenbeitrag geben.

Trotz der verbesserten Wirtschaftsbedingungen ist bei den Verbraucherpreisen ein Ende der deflationären Tendenz abzusehen. Im August fielen die Verbraucherpreise im Jahresabstand um 0.8 %. Für das laufende Jahr wird ein Rückgang von 0.5 % erwartet. Die Preissteigerungen von Rohöl - Japan ist der zweitgrößte Rohölimporteur der Welt - werden durch Kostensenkungen für Strom überkompensiert.

OSTEUROPA

Als Folge der anhaltend guten weltwirtschaftlichen Konjunktur setzte sich im ersten Halbjahr 2000 die positive Wirtschaftsentwicklung in den ost- und mitteleuropäischen Reformstaaten fort. In der zweiten Hälfte des Jahres 2000 und im Jahr 2001 dürfte sich das Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Ländern wegen der günstigen Wachstumsaussichten in der EU und den USA und der über den Erwartungen liegenden Entwicklungen in Russland und in den anderen GUS-Ländern (die zur Verbesserung des Vertrauens in der Region beigetragen haben) weiter fortsetzen. Darüber hinaus tragen die Fortschritte bei der Implementierung der Strukturreformen und die solide makroökonomische Politik in manchen Ländern zu günstigen Wachstumsaussichten bei.

In **Ungarn** lag das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal des Jahres 2000 mit 5.8 % und in der ersten Hälfte des Jahres 2000 mit 6.1 % weiter auf dem höchsten Niveau der Länder Mitteleuropas. Der Hauptgrund dafür war die Beschleunigung des Wachstums der Industrieproduktion (+21 % in der ersten Hälfte des Jahres 2000), angetrieben von steigenden Exporten (+21 % Wachstum real). Auf der Verwendungsseite waren der private Konsum (+3.5 %) und die Anlageinvestitionen (+5.5 %) die treibenden Kräfte. Ein weiterer Rückgang der Arbeitslosenquote (auf 6.5 % von 6.7 % im ersten Quartal des Jahres) wurde im zweiten Quartal des Jahres 2000 registriert. In Folge der steigenden Ölpreise erhöhte sich dagegen die jährliche Inflation im Juni auf 11.6 %.

Für das Jahr 2000 erwartet die ungarische Regierung ein Wachstum von etwa 5½ %. Treibende Kraft wird, neben dem Zuwachs der öffentlichen Investitionen und der verbesserten internationalen Konjunktur, die Beschleunigung des privaten Konsums sein. In Folge der erwarteten strafferen Geld- und Fiskalpolitik wird für das Jahr 2001 eine leichte Verlangsamung des BIP-Wachstums auf 5 % prognostiziert.

In **Polen** blieb das Wachstum mit 5.2 % im zweiten Quartal und 5.6 % im ersten Halbjahr 2000 im Jahresabstand weiter auf einem hohen Niveau. Im zweiten Quartal im Vergleich zum ersten wies die Inlandsnachfrage (+3.3 %), und dabei insbesondere der private Konsum (+2.6 %), eine deutliche Verlangsamung des Wachstums aus. In Folge der höheren Zinsen wuchsen die Bruttoanlageinvestitionen um nur 2.9 %. Dagegen zeigten die Exporte eine Belebung, während wegen der restriktiven Geldpolitik das Wachstum der Importe mäßig blieb. Diese Entwicklung wurde von einer Zunahme der Inflation auf 10.1 % (im wesentlichen verursacht durch steigende Öl-, Energie- und Lebensmittelpreise) und der Arbeitslosenquote auf 13.6 % mit Ende Juni 2000 begleitet. Aufgrund der im zweiten Quartal höheren Exporte verringerte sich das Leistungsbilanzdefizit. Ebenso wurde eine Schrumpfung des Budgetdefizits registriert (-2.3 % des BIP Ende Juni 2000).

In Folge der restriktiven Geld- und Fiskalpolitik ist für die zweite Hälfte des Jahres 2000 eine weitere Verlangsamung der Inlandsnachfrage zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2000 und 2001 erwartet die polnische Regierung eine Wachstumsrate von jeweils 5¼ %. Die hohen Wachstumsraten in der EU dürften die Exporte begünstigen und zusammen mit dem geringen Importwachstum als Folge der schwächeren Inlandsnachfrage zur weiteren Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits beitragen.

Im zweiten Quartal und in der ersten Hälfte des Jahres 2000 setzte sich das Wachstum des BIP (mit 1.9% bzw. 3.1 % im Jahresabstand) in **Tschechien** fort. Diese Entwicklung ist auf steigende Exporte (+22.5 % nominelles Wachstum im ersten Halbjahr 2000) und auf steigende Anlageinvestitionen (+2.9 %) zurückzuführen. Ende August 2000 wurde eine leichte Zunahme der Arbeitslosenquote auf 9.2 % und der Inflationsrate auf 3.8 % registriert.

Für 2000 und 2001 prognostiziert die tschechische Regierung ein Wachstum von 2 % bzw. 2¼ %, das von der Inlandsnachfrage (insbesondere Anlageinvestitionen) getragen wird. Von der Entstehungsseite her werden weiter Dienstleistungen und Industrieproduktion die wichtigsten Wachstumsmotoren sein.

Das moderate BIP-Wachstum in der **Slowakei** setzte sich im zweiten Quartal des Jahres 2000 mit 1.9 % fort. In der ersten Hälfte des Jahres 2000 wurde eine BIP-Wachstumsrate von 1.7 % registriert. Das trotz fallender Inlandsnachfrage (-6.2 % im zweiten Quartal des Jahres 2000) wachsende BIP wurde vom starken Wachstum der Exporte (+16.4 %) in Folge des Anstiegs der EU-Nachfrage und der Abwertung der Krone getragen. Wegen der Beibehaltung des Importzuschlages, der im Juli 1999 wieder eingeführt wurde, und der fallenden Inlandsnachfrage wuchsen die Importe im zweiten Quartal 2000 um nur 3.8 %. Dadurch reduzieren sich Handels- und Leistungsbilanzdefizit. Dagegen blieben Arbeitslosenquote (19.1 %) und Inflation (15.7 %) weiter auf hohem Niveau. Für das Jahr 2000 prognostiziert die slowakische Zentralbank ein Wachstum von 2 bis 2½ %. Mit einer Beschleunigung ist erst im Jahr 2001 (+3 %) zu rechnen.

In **Slowenien** stützte sich das BIP-Wachstum in der ersten Hälfte des Jahres 2000 auf die ausländische Nachfrage (verbessertes Wachstum innerhalb der EU, wiederhergestellte Handelsbeziehungen mit den Ländern des ehemaligen Jugoslawien, schwacher slowenischer Tolar). Das starke Wachstum der Exporte spiegelte sich im Wachstum der Industrieproduktion (8.8 %) wider. Obwohl die realen Exporte (11.8 %) schneller als die realen Importe (6 %) wuchsen, wurde wegen der Verschlechterung der Terms-of-Trade eine Ausweitung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits registriert. Als Resultat des hohen Erdölpreises stieg die jährliche Inflation im Juni 2000 auf 8.8 %. Dagegen fiel die Arbeitslosenquote im Mai auf 12 %. Für das Jahr 2000 erwartet das slowenische Forschungsinstitut IMAD eine BIP-Wachstumsrate von 4¼ %. In Folge der Verlangsamung der Exporte und der restriktiven Geldpolitik wird für das Jahr 2001 eine BIP-Wachstumsrate von 4 % erwartet.

Rumänien registrierte in der ersten Hälfte des Jahres 2000 mit 2.1 % BIP-Wachstum eine Fortsetzung des positiven Trends des ersten Quartals. Dieser ist vor allem auf einen Zuwachs der Landwirtschaft (+8.7 %) und der Industrieproduktion (+3.4 %) zurückzuführen. Auf der Verwendungsseite ist für den Zuwachs des BIP die ausländische Nachfrage verantwortlich. Eine starke Belebung der Exporte (+24 % real) und ein niedrigeres Wachstum der Importe (+13.8 %) haben eine Schrumpfung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits bedingt. Die jährliche Inflationsrate blieb weiter auf einem hohen Niveau (44.5 % im Juli 2000), während die Arbeitslosenquote auf 10.5 % zurückging.

Für 2000 erwartet die rumänische Regierung ein Wachstum von 1½ %, gefolgt im Jahr 2001 von 3 %. Die rumänische Industrie dürfte neben der hohen Exportnachfrage von der Belebung des privaten Konsums und der Anlageinvestitionen profitieren.

Die **bulgarische** Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal des Jahres 2000 schneller als im ersten Quartal mit 5.5 % und registrierte in der ersten Hälfte des Jahres 2000 eine BIP-Wachstumsrate von 5.2 %. Der Industrieumsatz wuchs um 4 % im Vergleich zur ersten Hälfte des Jahres 1999. Diese Entwicklung wurde von der Belebung der Exporte getragen, die zu einer Reduzierung des Handels- und Leistungsbilanzdefizits beigetragen hat. Es wurde auch eine Belebung des privaten Konsums um 3.8 % registriert.

Im August 2000 ging die Arbeitslosenquote, bedingt durch saisonale Faktoren, auf 18 % leicht zurück, die Inflationsrate im Zeitraum Jänner–August belief sich auf 6.3 %. Für die Jahre 2000 und 2001 rechnet die bulgarische Regierung mit einer Beschleunigung des Wachstums auf 5 % bzw. 4½ %. Hauptmotor dürfte die sich in Folge steigender Exporte und der Vollendung des Restrukturierungsprogramms der Regierung belebende Industrieproduktion sein.

Die Erholung der **russischen** Wirtschaft setzte sich im ersten Halbjahr 2000 mit einem BIP- und Industriewachstum von 7.5 % bzw. 10.3 % fort. Für diese Entwicklung sind die steigenden Exporte (+51 % im Zeitraum Jänner–Juli 2000 gegenüber nur 5.2 % Import-Wachstum) verantwortlich, die von den höheren Ölpreisen und dem schwächeren Rubel profitierten und zu einem beträchtlichen Handels- und Leistungsbilanzüberschuss beitrugen. Gleichzeitig registrierten im selben Zeitraum die Investitionen (+14.3 %) und in Folge der steigenden realen Einkommen (+9 % im Zeitraum Jänner–Juli) der private Konsum (+8 %) eine Belebung. Die jährliche Inflation ist Ende August auf 18.7 % gesunken. Die Arbeitslosenquote lag Ende Juli bei 10 %. Im Zeitraum Jänner–Juni wies das Bundesbudget einen Überschuss von 4 % des BIP auf, was auf die hohen Energiepreise und das starke Wachstum zurückzuführen ist. Für heuer wurden die internationalen Prognosen stark nach oben revidiert. Der IWF prognostiziert für das Jahr 2000 eine BIP-Wachstumsrate von 7 %, was aufgrund der im September eingeführten Exportquote (10%) für Rohöl optimistisch erscheint. Als Resultat der zu erwartenden fallenden Ölpreise wird im Jahr 2001 von einer geringeren Wachstumsrate von +4 % ausgegangen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1997	1998	1999	2000	2001
Welthandel. real (NIESR, Juli 2000)	9.9	5.5	5.3	10.5	7.5
Welthandel. real (OECD, Juni 2000)	9.8	5.4	5.7	10.4	8.3
Welthandel. real (IMF, September 2000)	9.8	4.3	5.1	10.0	7.8
BIP, real					
Bundesrepublik Deutschland	1.5	2.2	1.5	3	2¾
Italien	1.8	1.5	1.4	2¾	2¼
Frankreich	1.9	3.3	3.0	3¾	3¼
Vereinigtes Königreich	3.5	2.6	2.1	3½	3
Schweiz	1.7	2.1	1.7	3¼	2
Polen	6.8	4.8	4.1	5¼	5
Slowakei	6.5	4.4	1.9	2	3
Tschechien	1.0	-2.3	-0.2	2	2¼
Ungarn	4.6	4.9	4.5	5½	5
Slowenien	3.8	3.9	4.9	4¾	4
Bulgarien	-6.9	3.5	2.4	5	4½
Rumänien	-6.6	-5.4	-3.2	1½	3
Russland	0.8	-4.6	3.2	5½	4
USA	4.2	4.3	4.1	5½	3½
Japan	1.6	-2.5	0.2	1¼	2¼
EU	2.5	2.7	2.4	3½	3
OECD - insgesamt	3.0	2.1	2.5	4	3¼
Österreichische Exportmärkte	8.9	11.0	3.2	10	6½
ATS/USD Wechselkurs*)	12.2	12.4	12.9	14.9	14.9
Rohölpreise*)**)	19.5	14.5	17.3	28	27

Quelle: IMF, OECD, Europäische Kommission, WIIW, Deutsche Bank, nationale Statistiken, eigene Berechnungen, NIESR.

*) absolute Werte

***) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Im Jahr 2000 nimmt der österreichische Außenhandel (Güter laut Außenhandelsstatistik) stark zu. Im ersten Halbjahr stiegen die nominellen Warenexporte um 15.1% an, die Warenimporte wuchsen um 13.6%. Das Handelsbilanzdefizit laut Außenhandelsstatistik erreichte dabei einen Wert von 27.3 Mrd. ATS verglichen mit 35.2 Mrd. ATS im Vorjahr.

Im gesamten Euro-Raum entwickelten sich die Importe stärker als die Exporte. Laut Eurostat sank der Handelsbilanzüberschuß der Euro-Zone mit Drittländern im ersten Halbjahr 2000 von 23.6 Mrd. ATS in der Vorjahresperiode auf 15.1 Mrd. ATS. Gründe für diese Verschlechterung sind die steigenden Rohölpreise und der schwache Wechselkurs. Der Wert der Energieeinfuhren hat sich in der EU in den ersten fünf Monaten mehr als verdoppelt. Deutlich gestiegen ist der Handel mit den wichtigsten Partnerländern. Dabei gab es die stärksten Zuwächse bei den Ausfuhren nach Japan, Tschechien, Russland und in die Türkei.

Die Institutsprognose nimmt an, dass der derzeitige wechsellkursbedingte Wettbewerbsvorteil bis zum Ende des Jahres bestehen bleibt. Unter diesen Voraussetzungen werden die österreichischen Exporte (laut VGR) im laufenden Jahr nominell um 11.9% ansteigen. Im nächsten Jahr wird sich das Exportwachstum auf 8.0% abschwächen. Der primäre Grund dafür ist eine leichte Abschwächung der globalen Handelsströme.

Die größten Steigerungsraten werden heuer mit 15.9% bei den Warenexporten verzeichnet. Im nächsten Jahr dürfte sich das Exportwachstum auf 9.8% abschwächen. Die größten Wachstumsraten wurden dabei in Ländern außerhalb des Euro-Raums verzeichnet. Die Warenexporte nach Deutschland dürften heuer etwa 14 % betragen und sich im nächsten Jahr auf etwa 9 % abschwächen. Mit einer starken Nachfragesteigerung nach österreichischen Produkten wird im Jahre 2000 aus Frankreich, aus dem Vereinigten Königreich und aus der Schweiz gerechnet. Die gute konjunkturelle Entwicklung in den USA wirkt sich weiterhin positiv auf die österreichischen Exporte nach Übersee aus. Die Reiseverkehrsexporte werden heuer um 4% wachsen, verglichen mit 2.6% im Vorjahr. Die Diskrepanz von Nächtigungsminus und Umsatzplus im Tourismus ist ein Indiz für den Strukturwandel, den Österreich eingeschlagen hat. Laut Statistik Österreich gingen in der bisherigen Sommersaison die Nächtigungen leicht zurück. Die Umsätze im Tourismus sind in dieser Zeitspanne ersten Schätzungen zufolge jedoch um mehr als 5% gestiegen.

Die **realen Exporte i.w.S. laut VGR** wuchsen im Jahre 1999 um 3.5%. Im Jahr 2000 wird sich das Wachstum dieses Aggregates deutlich auf 9.3 % beschleunigen. Besonders stark steigen im laufenden Jahr die **realen Warenexporte** mit 13.0 %, die sonstigen Dienstleistungen dürften heuer real nicht wachsen.

Das Wachstum der **realen Reiseverkehrsexporte** betrug 1.9 % im Jahre 1999, für das Jahr 2000 wird mit einer Zunahme von 2.0 % gerechnet. Der schwache Euro und steigende Treibstoffpreise dürften Fernreisen im laufenden Jahr im Euro-Raum verteuern und Österreich als Reiseziel wieder

attraktiver machen. Positivere Ergebnisse im Reiseverkehr dürfte auch die verbesserte Wirtschaftslage in den Nachbarländern bringen.

Die Importe stiegen im laufenden Jahr durch den hohen Dollar-Kurs und die Rohölpreisentwicklung stark an. Die hohe Wachstumsrate signalisiert aber auch die gute wirtschaftliche Entwicklung der Inlandsnachfrage in Österreich. Die nominellen Importe i. w. S. laut VGR beschleunigten sich daher im laufenden Jahr um 13.5 % verglichen mit 3.5 % im Vorjahr. Im nächsten Jahr dürfte sich die Wachstumsrate verlangsamen und 6.4 % erreichen. Grund dafür sind der Wegfall der Preiseffekte und die gedämpftere Inlandsnachfrage. Die Warenimporte werden heuer um 15.1% und im nächsten Jahr um 7.7 % wachsen. Im Reiserverkehr wird heuer eine Wachstumsbeschleunigung von 7.5 % erwartet, da auf Grund der guten Konjunkturlage die Fernreisen stark zunehmen. Im nächsten Jahr dürfte sich das Wachstum der nominellen Reiseverkehrsimporte auf 3.5 % verlangsamen.

Im Einklang mit der positiven Wirtschaftsentwicklung beschleunigt sich im heurigen Jahr das Wachstum der **realen Importe i.w.S. laut VGR** von 1.9 % auf 7.7 %. Im Jahr 2001 sollten die realen Importe i.w.S. um weitere 5.1 % wachsen.

Die **realen Warenimporte** laut VGR wuchsen im Jahr 1999 um 4.3%. Im laufenden und nächsten Jahr wird ein Anstieg von 8.4 % und 6.4 % erwartet.

Nach Einbrüchen in den Jahren 1998 (-7.1%) und 1999 (-2.3%) dürften die **realen Reiseverkehrsimporte** im laufenden Jahr um 4.5% ansteigen und im Jahr 2001 mit 1.0 % wachsen. .

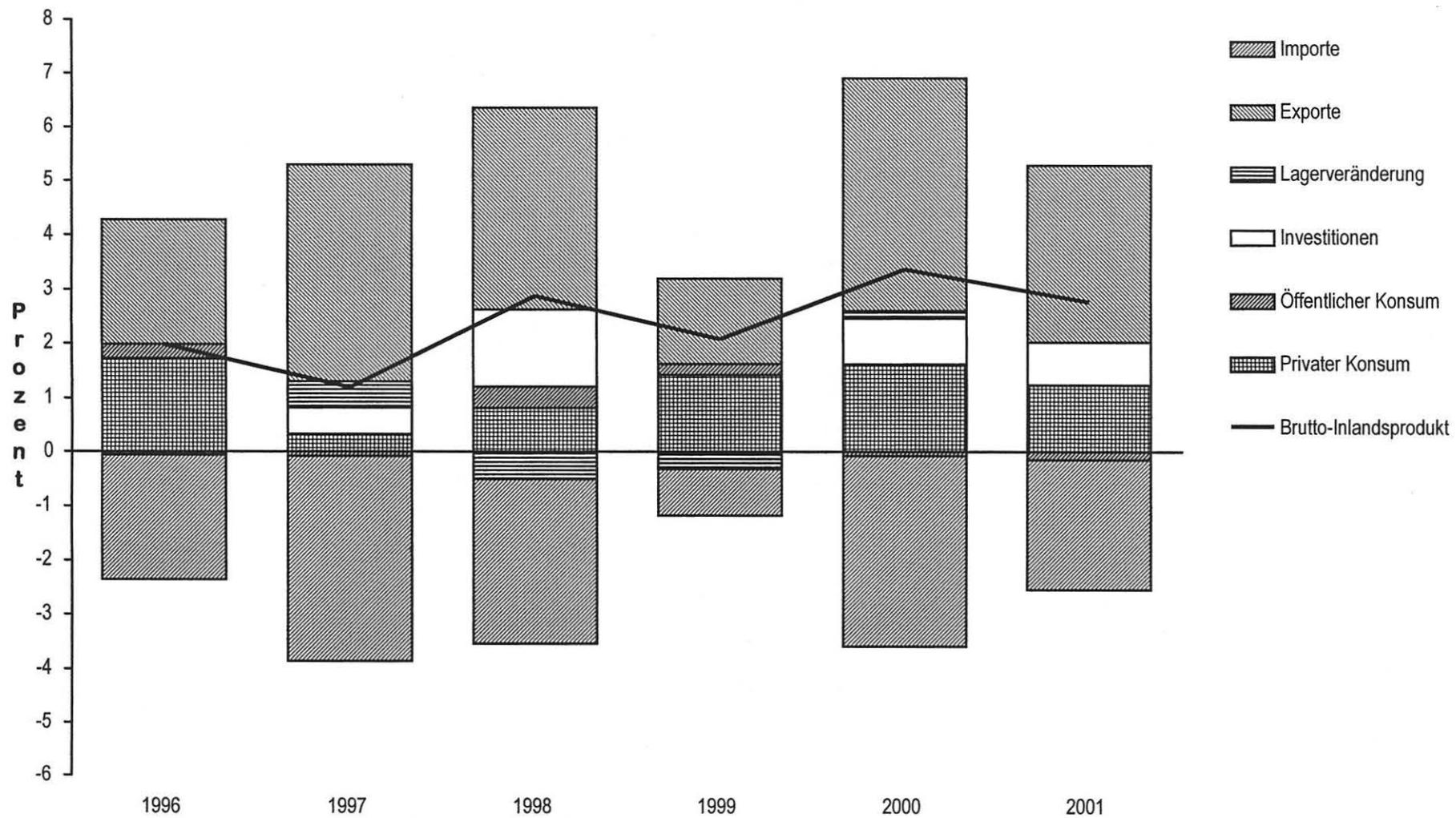
Die **Warenexportpreise** wuchsen 1999 um 0.5%. Im Prognosezeitraum wird eine Steigerungsrate von 2.4% im laufenden und 1.2% im nächsten Jahr erwartet. Die hohen Rohölpreise und der schwache Euro tragen bis zum Ende des Jahres bedeutend zur Erhöhung der **Importpreise** bei. Von 1.6 % im Jahre 1999 dürften sie im laufenden Jahr um 5.4% wachsen und sich im kommenden Jahr um 1.2% abschwächen. Es ist daher mit einer Verschlechterung der Terms-of-Trade im Warenhandel zu rechnen.

Die **Preise für die Reiseverkehrsexporte** stiegen 1999 um nur 0.7%, sie werden jedoch im laufenden und kommenden Jahr etwas stärker wachsen und zwar um 2.0% und 1.3%. Bei den Reiseverkehrsimporten gab es 1999 Preissteigerungen um 2.6 %. Im Jahr 2000 dürfte die Teuerung auf 2.9% zurückgehen und im Jahr 2000 wiederum auf 2.0 % fallen.

Im Jahre 1999 vergrößerte sich das Leistungsbilanzdefizit zu laufenden Preisen um 11 Mrd. ATS auf 75 Mrd. ATS. Im Jahr 2000 dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit um 16.8 Mrd. ATS auf 91 Mrd. ATS verschlechtern. Der Saldo aus Güteraus- und -einfuhren verschlechtert sich um 4 Mrd. ATS auf 51 Mrd. ATS. Nachdem die Importe im nächsten Jahr stärker als die Exporte fallen, erwartet das Institut für 2001 eine Verbesserung von 12.5 Mrd. ATS. Aufgrund der regen Tourismusimporte verschlechtert sich die Reiseverkehrsbilanz in diesem Jahr um knapp 3.5 Mrd. ATS. Im nächsten Jahr wird der Reiseverkehrsüberschuss wieder um knapp 2 Mrd. ATS steigen. Das Leistungsbilanzdefizit in Prozent

des BIP erhöht sich im Prognosezeitraum von 2.8 % im Jahr 1999 auf 3.3% heuer und 2.7% im nächsten Jahr.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die Prognose des Konsumverhaltens der österreichischen Haushalte wird nach wie vor durch das Fehlen der sektoralen Gliederung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erschwert. Es hat sich nämlich gezeigt, dass Haushalte einen annähernd konstanten Anteil ihres verfügbaren Einkommens für längerfristige Sparziele zurücklegen (die langfristige Haushalts-Sparquote) und Schwankungen in der Einkommensentwicklung durch kurzfristige Änderungen dieser Aufteilung auszugleichen suchen. Leider wird der für diese recht verlässliche Methode der Vorausrechnung nötige Hauptindikator, nämlich das verfügbare Haushaltseinkommen, derzeit noch nicht ausgewiesen. Dadurch gewinnen andere Aspekte, wie Einschätzungen über die Entwicklung des Dauereinkommens, an Bedeutung.

Im Vorjahr konnte eine starke Ausweitung der Konsumtätigkeit verbucht werden, wodurch die Haushalts-Sparquote gesunken sein dürfte. Die bereits erwähnten Bestrebungen der Haushalte, ihre Sparziele im Auge zu behalten und ihre Sparquote daher wieder auf den Sollwert anzuheben, wirken heuer dämpfend auf die Konsumnachfrage. Zusätzlich verstärken unerwartete oder erst mit Verzögerung wahrgenommene positive Einkommenseffekte der Steuerreform das Auseinanderklaffen von Einkommensentwicklung und Verbrauchsnachfrage. Die vorliegenden vorläufigen Quartalswerte für das laufende Jahr scheinen die Institutsprognose zu bestätigen, nach welcher der **private Konsum 2000** mit 3.0% real zwar kräftig anwächst, jedoch hinter der Dynamik der Gesamtwirtschaft zurückbleibt.

Im nächsten Jahr ist mit einer Umkehr im Konsumverhalten zu rechnen. Die Verfolgung der Konsolidierungsziele der öffentlichen Hand wird zu einer Abschwächung des Einkommenswachstums führen. Die Haushalte werden die Verfolgung ihrer Sparziele wieder zurückstellen, um das Niveau der gewünschten Lebenshaltung aufrecht zu erhalten. Zusätzlich wirkt die Aussicht eines sanierten Staatshaushaltes fördernd auf die Konsumtätigkeit, da die Sorge entfällt, dass die Haushalte in Hinkunft für die Staatsverschuldung aufkommen müssen, und sich damit die langfristige Einkommenserwartung (das Dauereinkommen) erhöht. Mit dem fortgesetzten Fallen der Arbeitslosenrate tritt auch das gelegentlich beobachtete Angstsparmotiv zur Vorsorge gegen drohenden Arbeitsplatzverlust in den Hintergrund. Laut Institutsprognose wird der **private Konsum 2001** mit 2.3% wachsen. Der Rückgang der privaten Nachfragedynamik gegenüber heuer ist lediglich auf die schwächere Einschätzung der Konjunktur im nächsten Jahr zurückzuführen, eine darüber hinausgehende Konsumzurückhaltung ist nicht zu erwarten.

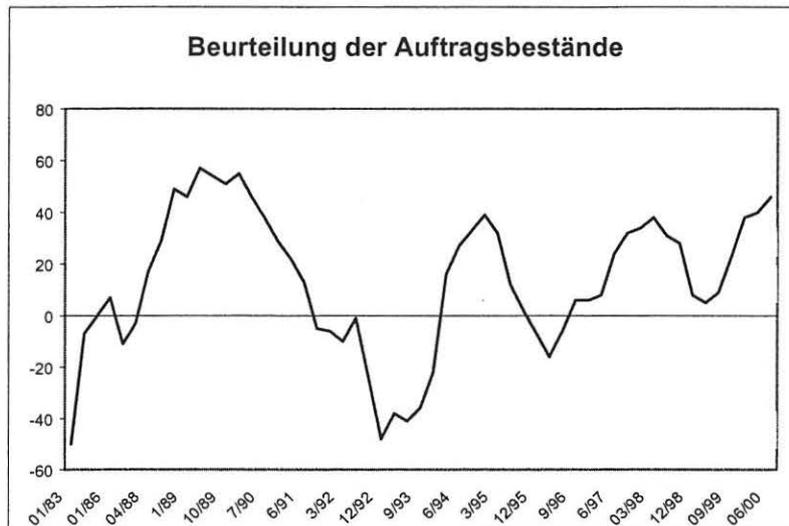
Der in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht zum privaten Konsum zählende **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wird in der Prognoserechnung heuer mit real 2.5% wachsen. Für das nächste Jahr ist eine Wachstumsabschwächung auf real 1.5% zu erwarten, da die hier zusammengefassten Institutionen von Kürzungen im öffentlichen Bereich betroffen sein könnten.

Die Institutsprognose weist die **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** sowie ihre beiden Hauptkomponenten aus, zum einen die **realen Ausrüstungsinvestitionen** und zum anderen die **realen Bauinvestitionen**. Die realen Bauinvestitionen setzen sich zusammen aus den Bauinvestitionen in Wohnbauten und in Nichtwohnbauten. Die realen Ausrüstungsinvestitionen, wie sie in der Institutsprognose ausgewiesen werden, setzen sich zusammen aus den Investitionen in Nutztiere und -pflanzungen, Fahrzeuge, Maschinen und Geräte und den Investitionen in immaterielle Anlagegüter. Vorratsveränderungen und Nettozugänge an Wertsachen sind in den Bruttoinvestitionen enthalten, werden aber nicht getrennt ausgewiesen.

Das Volumen der realen Bruttoinvestitionen blieb 1999 praktisch unverändert auf dem Vorjahresniveau. Nach Vorliegen der 1999 realisierten Werte für **reale Ausrüstungsinvestitionen** zeigt sich ein Anstieg um 5.5 % gegenüber dem Vorjahr. Die beiden größten Komponenten der realen Ausrüstungsinvestitionen (Fahrzeuge sowie Maschinen und Geräte) weisen ähnliche Wachstumsraten auf, lediglich das kleine Aggregat der Nutztiere und -pflanzen stagniert. Der Bereich immaterieller Anlagen, dem nunmehr auch Softwarekäufe von Unternehmen zugerechnet werden, verzeichnete 1999 ein weit stärkeres Wachstum als die anderen Komponenten der Bruttoinvestitionen.

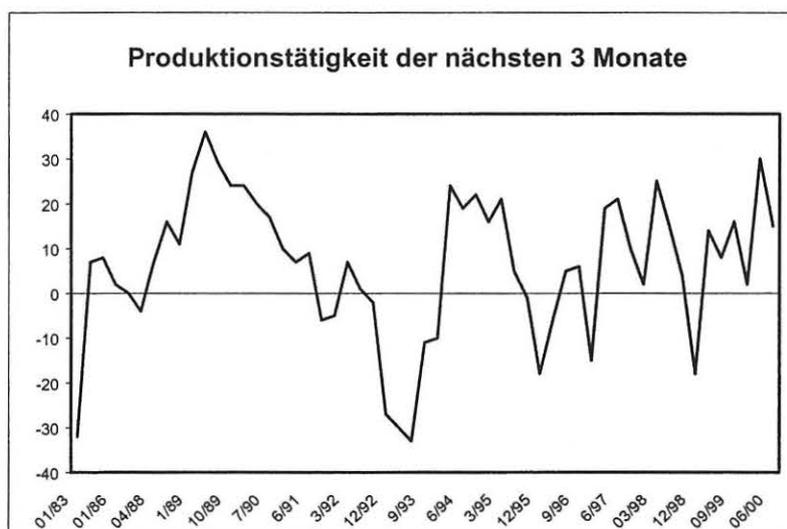
Für das laufende Jahr errechnet die Institutsprognose ein Wachstum der realen Ausrüstungsinvestitionen um 8.0 %. Dieser kräftige Anstieg heuer dürfte vom Wachstum der Exporte unterstützt sein. Die relativ günstigen Konjunkturaussichten für 2001 werden ebenfalls zu einem kräftigen Wachstum führen, allerdings mit 5,9 % bereits abgeschwächt gegenüber heuer. Zum einen steigt das Preisniveau der Ausrüstungsinvestitionen heuer durch die anhaltende Schwäche des Euro, zum anderen sind aus der Streichung des Investitionsfreibetrags laut neuem Budget-Konsolidierungsprogramm dämpfende Wirkungen auf die Investitionstätigkeit zu erwarten, die allerdings nicht allzu stark ausfallen dürften. Der preistreibende Effekt aus den Wechselkursen wird im nächsten Jahr immer noch spürbar sein. Das Preisniveau der Ausrüstungsinvestitionen überschreitet damit 2001 erstmals wieder das Preisniveau von 1995.

Die Ergebnisse der letzten verfügbaren Konjunkturumfrage (Juni 2000) der Industriellenvereinigung, die in den beiden folgenden Graphiken auszugsweise wiedergegeben sind, deuten auf ein Abflachen des positiven Investitionsklimas hin. Die Beurteilung der Auftragsbestände verbesserte sich gegenüber der jeweils letzten Befragung zum fünftenmal in Folge, wenn auch nicht mehr sehr stark, und liegt bereits über den Spitzenwerten von 1994 und 1998.



Quelle: Industriellenvereinigung

Die Einschätzung der Produktionstätigkeit der nächsten 3 Monate ist im Vergleich dazu weit pessimistischer. Gegenüber der Befragung aus dem Vorquartal ist ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen, die Zahl der optimistischen Einschätzungen übersteigt aber immer noch eindeutig jene der pessimistischen.



Quelle: Industriellenvereinigung

1999 verzeichneten die **realen Bauinvestitionen** ein Wachstum von 1.0 %. Die rückläufige Tendenz im Wohnbau konnte 1999 offenbar durch den Anstieg in der Nichtwohnbau-Tätigkeit überkompensiert werden. Für das laufende Jahr errechnet die Institutsprognose ein Wachstum von 1.3 % und für 2001 von 1.1 %. Bei der Nachfrage im Wohnungsneubau ist eine Fortsetzung der rückläufigen Tendenz zu erwarten. Leicht positiv stellt sich die Entwicklung im Wirtschafts- und Büroneubau dar. Im Bereich der öffentlichen Bauinvestitionen wirkt der weiterhin gegebene Konsolidierungsdruck der öffentlichen Haushalte dämpfend. Speziell für das Jahr 2000 bewirkt die Kürzung der Ermessensausgaben ein

gedämpftes Wachstum dieses Aggregates. Mittelfristig sollten sich anstehende öffentliche Großinvestitionen, hier sind z. B. der Ausbau der Schieneninfrastruktur und des Hochleistungsstraßennetzes zu nennen, jedoch positiv auf die Baukonjunktur auswirken. Allerdings bleibt abzuwarten, in welchem Ausmaß die anhaltenden Bemühungen zur Budgetkonsolidierung in diesem Bereich wirken werden. Im Vergleich zur Entwicklung in Westeuropa bleibt das Wachstum der realen Bauinvestitionen in Österreich zurück; für dort wird ein Wachstumspotential der realen Bauinvestitionen von ca. 2 bis 2.5 % als realistisch angesehen.

Aus den für das erste Halbjahr 2000 vorliegenden Werten über die Vorratsveränderungen ist ein starker Abbau der Lagerbestände ersichtlich, der eine leichte Korrektur der realen Bruttoinvestitionen nach unten erforderlich macht. In Summe ergeben sich aus Obigem die Wachstumsraten der **realen Bruttoinvestitionen insgesamt** mit 3.5 % heuer und 3.3 % im Jahr 2001. Die Investitionsquote verharrt in etwa auf dem Vorjahrsniveau von 24,1 %.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** ist im Prognosezeitraum durch die von der neuen Bundesregierung nunmehr beschleunigt in Angriff genommenen Konsolidierungsbemühungen bestimmt. In der im März dieses Jahres präsentierten Fortschreibung des Österreichischen Stabilitätsprogramms für die Jahre 2000 bis 2003 waren für das laufende und die beiden kommenden Jahre Nettodefizitquoten des Gesamtstaates von 1.7 % beziehungsweise 1.5 und 1.4 % vorgesehen. Bis zum Ende der Legislaturperiode war eine weitere Absenkung auf 1.3 % angepeilt worden. Ein ausgeglichener Haushalt wurde lediglich als längerfristige Zielsetzung in Aussicht genommen.

Der für das laufende Jahr geplante Zielwert für die Nettodefizitquote wird voraussichtlich mit 1.6 % knapp unterschritten werden können. Die im Stabilitätsprogramm vorgesehene mittelfristige Zielsetzung einer Nettodefizitquote von etwa 1.3 % konnte hingegen nicht als sonderlich ehrgeizig bezeichnet werden und ist auf Kritik gestoßen. Will man automatische Stabilisatoren bei Konjunkturinbrüchen wirken lassen, ohne dass die Nettodefizitquote den durch den Maastricht-Vertrag vorgegebenen Referenzwert von 3 % überschreitet, sollte das Defizit bei konjunkturellen Normallagen nur 1 bis 1 ½ % des Bruttoinlandsprodukts betragen.

Auch im westeuropäischen Kontext würde sich diese Zielsetzung sehr bescheiden ausnehmen: Die Defizitquote der Euro-Zone ist 1999 von 2.1 % im Jahr 1998 auf 1.3 % gefallen, für die Europäische Union reduzierte sie sich sogar von 1 ½ auf 0.7 %. Sieben Mitgliedstaaten (Dänemark, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Finnland, Schweden und Großbritannien) konnten im Jahr 1999 bereits Budgetüberschüsse erzielen; Österreich wies 1999 mit etwa 2.1 % überhaupt die höchste Defizitquote innerhalb der Europäischen Union auf. Das Stabilitätsprogramm wurde denn auch im Rahmen des ECOFIN-Rates und durch internationale Organisationen als zu wenig ambitioniert bemängelt.

Die von der Bundesregierung nunmehr beschlossene Verschärfung des Konsolidierungskurses, verbunden mit einer Rückführung des Defizits auf 0.75 % im Jahr 2001 und auf Null in den Folgejahren, ist daher zu begrüßen. Die vorgegebenen Zielsetzungen werden aber wohl nur bei hinreichender Ausgabendisziplin sämtlicher Gebietskörperschaften zu realisieren sein. Dementsprechend wird die Ausgabendynamik der öffentlichen Haushalte weiterhin verhalten bleiben müssen.

Der reale öffentliche Konsum wird, nachdem er im Vorjahr noch um 1 % zugelegt hat, heuer um fast ein halbes Prozent und im nächsten Jahr um 0.8 % zurückgehen.

Die Beschleunigung des Konsolidierungskurses musste nicht zuletzt vorerst mit einem gegenüber den ursprünglichen Plänen verstärkten Zugriff auf der Einnahmenseite erkaufte werden. Mittelfristig freilich wird die Budgetpolitik um strukturelle Weichenstellungen auf der Ausgabenseite nicht herumkommen. Kern muss eine Organisations- und Finanzierungsreform der öffentlichen Verwaltung sein mit dem Ziel, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine effizientere Ressourcenverwendung gewährleisten.

Hier ist auch die anstehende Neuverhandlung des Finanzausgleichs angesprochen. Einer in weiten Bereichen dezentralen Aufgaben- und Ausgabenverantwortung steht in der gegenwärtigen österreichischen Finanzverfassung eine sehr zentralistische Einnahmenstruktur gegenüber; die politische Verantwortung für die Steuerpolitik einerseits und für die Ausgabenentscheidungen andererseits fällt damit auseinander. Dies ist keine gute Voraussetzung für einen effizienten und sparsamen Mitteleinsatz. Die Neuregelung des Finanzausgleichs sollte sich daher an der Überlegung orientieren, die Länder stärker mit einer eigenen Steuerbasis auszustatten und Kostenübernahmen des Bundes abzubauen. Ziel einer derartigen Reform wäre, die fiskalische Verantwortung aller öffentlichen Haushalte für die von ihnen erbrachten Leistungen klarzustellen und damit bessere Anreize für eine sparsame Mittelverwendung zu schaffen.

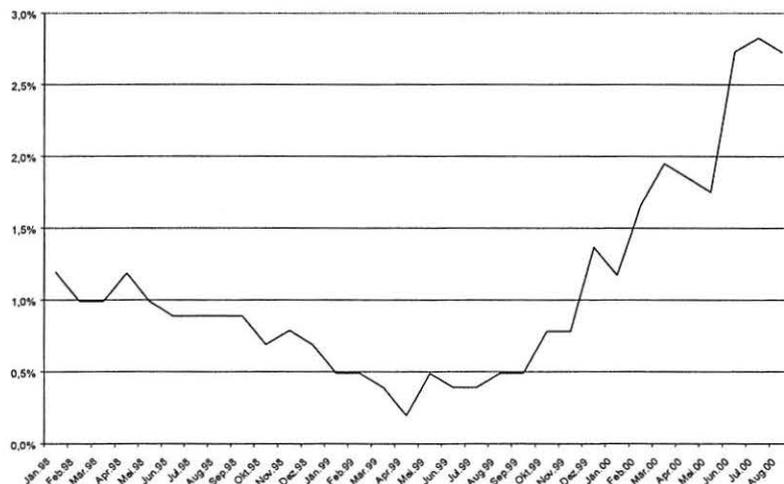
Schließlich sind diverse Ausgabenprogramme auch aus sozialpolitischer Hinsicht zu hinterfragen, daher muss die Frage nach ihrer sozialen Treffsicherheit weiterhin auf der Tagesordnung bleiben. So etwa kann das gegenwärtige System der Wohnbauförderung den an dieses System zu stellenden verteilungspolitischen Anforderungen nicht gerecht werden. Eine Reform, welche anstelle der gegenwärtigen Objektförderung eine Subjektförderung treten lässt, könnte dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit stärker gerecht werden und obendrein in nicht unerheblichem Umfang Mittel freisetzen, die auch zu einer Senkung der Lohnnebenkosten herangezogen werden könnten.

Entscheidender Weichenstellungen bedarf es im Bereich der Pensionsversicherung. Vorderhand haben die beiden von der Bundesregierung eingesetzten Pensionsreformkommissionen ihre erste Aufgabe erfüllt, kurzfristig Maßnahmen zu erarbeiten, welche das von der Bundesregierung ad hoc vorgegebene Ziel realisieren, bis zum Jahr 2003 15 Mrd. ATS einzusparen. Längerfristig freilich müssten die bereits in Aussicht genommenen tiefergehenden Strukturreformen in Angriff genommen werden, die auf eine Stärkung des Versicherungsprinzips hinauslaufen, beziehungsweise darauf, die davon abweichenden, „versicherungsfremden“ Leistungen — wo immer Gerechtigkeits- und Umverteilungsüberlegungen solche erforderlich erscheinen lassen — im Wege einer Sonderfinanzierung zu erbringen.

Seit Jahresbeginn liegt der Tariflohnindex um 2 % über dem Vorjahresniveau, damit hat sich der Lohnauftrieb um einen ½ Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr abgeschwächt. Laut den vorliegenden vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die Effektivverdienste je Aktiv-Beschäftigten im ersten Halbjahr 2000 um rund 2 ¼ % gestiegen. Daher rechnet die **Lohnprognose** für heuer weiterhin mit einem Anstieg von 2.2 %. In realer Rechnung stagnieren die Bruttolöhne.

Aufgrund der guten Konjunktur und den Inflationserwartungen wird sich das Lohnwachstum nächstes Jahr beschleunigen. Das Institut geht davon aus, dass sich die Abschlüsse der Herbstlohnrunde im stabilitätskonformen Rahmen bewegen und die durch den Erdölpreisanstieg verursachte Inflation nicht voll in den Löhnen abgegolten wird. Weiters wird auch eine mäßige Lohnrunde bei den Beamten erwartet. Laut Prognose beträgt das nominelle Lohnwachstum im nächsten Jahr 3 %. In realer Rechnung beschleunigt sich das Lohnwachstum auf 1 %.

Inflationsrate



Quelle: Statistik Österreich

Nach dem historischen Tiefstand des Anstiegs der **Verbraucherpreise** von 0.6 % im Jahresmittel 1999 hat sich die Inflation im Jahresverlauf 2000 deutlich belebt. Getragen wird diese Entwicklung vom starken Anstieg der Energiepreise und der im Juni erfolgten Erhöhung der indirekten Steuern. Lag die Inflation in den Monaten Februar bis Mai noch knapp unter der 2-Prozentmarke, so kletterte die Inflationsrate in den Monaten Juni bis August auf 2 ¾ %. Das Institut sieht sich daher gezwungen, die Inflationsprognose für heuer um rund ½ Prozentpunkt auf 2 ¼ % anzuheben. Dabei wird davon ausgegangen, dass sich der Preisauftrieb in den restlichen Monaten geringfügig abschwächt, da der Basiseffekt der niedrigen Energiepreise des Vorjahres ausläuft. Für das nächste Jahr rechnet das Institut mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 1.9 %. Dabei wird unterstellt, dass von der Entwicklung der Rohstoffpreise und des Wechselkurses kein signifikanter Preisdruck ausgeht. Die Inflationsrisiken bleiben aber hoch. Nur bei Einhaltung von Lohn- und Preisdisziplin können negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum verhindert werden.

Der Arbeitsmarkt zeigt weiterhin ein erfreuliches Bild. Allerdings hat sich die Beschäftigungsdynamik seit Juni etwas abgeschwächt. In den ersten acht Monaten dieses Jahres hat die Zahl der **unselbständig Beschäftigten** (bereinigt um KarenzgeldbezieherInnen und Präsenzdiener) um 33.000 Personen bzw. 1.1 % zugenommen.

In den letzten beiden Monaten wächst die Beschäftigung aber nur mehr um 0.6 %, wofür insbesondere die schwache Dynamik im Bau verantwortlich ist. Getragen wird der Beschäftigtenaufschwung weiterhin vom Dienstleistungssektor und kommt verstärkt Frauen zugute. Am kräftigsten expandiert nach wie vor der Bereich der wirtschaftsnahen Dienstleistungen mit einer Rate von rund 7 ½ %.

Beschäftigungsentwicklung 1999/2000

	Veränderung 2000/1999 (Durchschnitt Jänner bis September)	Relativ
Beschäftigte	+28.771	0.9 %
Männer	+4.955	0.3 %
Frauen	+23.816	1.8 %
Aktiv Beschäftigte	+32.979	1.1 %
Primärer Sektor	-1.389	-2.0 %
Sachgüterproduktion	-1.747	-0.3 %
Bau	-4.033	-1.6 %
Dienstleistungssektor	+40.148	1.9 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Im Vergleich zur letzten Prognose fällt das Beschäftigungswachstum geringfügig schwächer aus. Die Zahl der Aktiv-Beschäftigten wird im Jahresdurchschnitt 2000 um rund 30.000 bzw. 1.0 % über dem Vergleichsniveau des Vorjahres liegen. Für das nächste Jahr ist mit einem weiteren Anstieg von rund einem ¾ Prozentpunkt zu rechnen.

Aufgrund der Stagnation des Arbeitskräfteangebots wird die Arbeitslosenzahl trotz schwächeren Beschäftigungsanstiegs geringer ausfallen als noch im Juni erwartet. In den ersten acht Monaten dieses Jahres waren rund 28.500 Personen bzw. 12.5 % weniger als arbeitslos vorgemerkt als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Diese positive Tendenz sollte bis zum Jahresende anhalten, sodass die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2000 erstmals seit 1992 wieder unter die 200.000er Marke fallen wird. Die Arbeitslosenrate (nationale Definition) wird von 6.7 % auf 5.9 % sinken. Nächstes Jahr ist aufgrund der guten Konjunkturlage mit einem weiteren Rückgang auf 5.6 % zu rechnen. Dies impliziert Arbeitslosenraten nach Eurostat-Berechnungsmethode von 3.3 % (2000) und 3.2 % (2001).

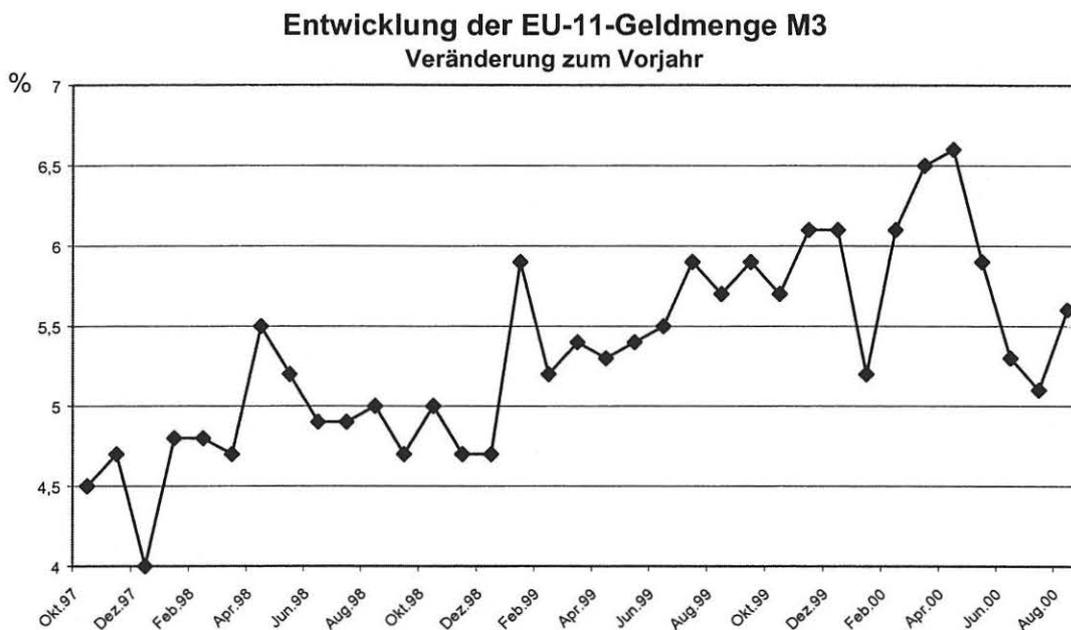
Trotz dieser positiven Entwicklung bestehen weiterhin Aufgaben für die Arbeitsmarktpolitik in Österreich. Der Strukturwandel und die zunehmenden Qualifikationsanforderungen des modernen Arbeitsmarktes lassen die Entwicklung von Strategien zur Förderung des lebenslangen Lernens angeraten erscheinen. Die notwendige Erhöhung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters erfordert Anstrengungen zur Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von älteren Arbeitnehmern. Notwendig für eine Erhöhung der Beschäftigungsquote erscheinen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die auf eine verstärkte Integration der weiblichen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt abzielen. Weiters erscheinen verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der saisonalen Arbeitslosigkeit notwendig.

5. Monetäre Prognose

Während des dritten Quartals 2000 stand – wie schon im Quartal zuvor – abermals das Geschehen auf den Devisenmärkten im Zentrum der Aufmerksamkeit. Am 20. September markierte der Euro gegenüber dem US-Dollar mit 0.846 USD/EUR erneut ein Allzeittief. Erst eine massive, abgestimmte Intervention der führenden Notenbanken vermochte den Abwärtstrend zu stoppen. Seitdem konsolidiert der Euro auf einem Niveau von 0.87/0.88 USD/EUR, was einem Kursverfall der Gemeinschaftswährung von einem Viertel binnen 20 Monaten entspricht.

War die Euro-Schwäche in den letzten Monaten vor allem auf das nach wie vor erhebliche Wachstumsdifferential zwischen den Vereinigten Staaten und der Euro-Zone zurückzuführen, so zeigt das fundamentale IHS/RZB-Wechselkursmodell, dass nunmehr auch die Geldmengendynamik signifikant an Bedeutung gewinnt (Abbildung 5.1).

Abbildung 5.1



Anders als bei der im wesentlichen strukturinduzierten Euro-Schwäche der vergangenen Quartale steht der Geldpolitik bei einer drohenden, geldmengeninduzierten Euro-Schwäche ein wirksames Instrumentarium nicht nur zur Verfügung, sondern sie ist aufgefordert, dieses auch aktiv einzusetzen. Dies gilt umso mehr, als die bereits stattgefundenen sowie die noch anstehenden Vergaben von UMTS-Mobilfunklizenzen in Europa und die daraus resultierenden Finanzierungserfordernisse geldmengenerhöhend und damit euroschwächend wirken (werden).

Sowohl für das Jahr 2000 als auch für das folgende Jahr erwartet das Institut im Jahresdurchschnitt einen Euro-Dollar-Kurs von 0.92 USD/EUR. Vom gegenwärtigen Niveau aus gerechnet impliziert dies die Erwartung eines in seinem äußeren Wert um gut 5 % gestärkten Euro.

Im Kontext der Wirtschaftsprognose für Österreich ist darüber hinaus die Entwicklung der Parität zum Schweizer Franken von Interesse, und zwar aufgrund ihrer erheblichen Bedeutung für die Fremdwährungsfinanzierung. Da sich die CHF/EUR-Parität – ganz im Gegensatz zur USD/EUR- oder GBP/EUR-Parität während des gesamten Jahres 1999 stabil in einem engen Korridor von 1.59-1.61 CHF/EUR entwickelte, ließen sich ansehnliche Ersparnisse bei den Finanzierungskosten erzielen. Mit der kräftigen Abwertung des Euro gegenüber dem Schweizer Franken seit März 2000 um 5½ % sowie der Verdreieinhalbung der kurzfristigen Franken-Zinsen seit dem Herbst letzten Jahres hat sich die Vorteilhaftigkeit einer zuvor eingegangenen Finanzierung im Schweizer Franken in ihr Gegenteil verkehrt. Nach dem weiteren Kursverfall des Euro im September dürfte das Korrekturpotential gegenüber der Schweizer Währung nach Maßgabe des Wechselkursmodelles nunmehr jedoch auf wenige Cent beschränkt sein. Dennoch gilt zumindest für private Haushalte, dass das mit einer Fremdwährungsfinanzierung eingegangene Risiko angesichts des (nicht zuletzt transaktionskostenbedingt) geringen Zinsdifferentials in keinem Verhältnis zum erwarteten Ertrag steht.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat in Umsetzung ihrer vorrangigen Strategie, die sich auf die Sicherung der Preisstabilität in den jeweiligen Währungsräumen bezieht, während des dritten Quartals die Leitzinsen weiter angehoben. Im Einklang mit der Juni-Institutsprognose erhöhte sie den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Euro-Systems Ende August in einem kleinen Schritt um weitere 25 Basispunkte auf nunmehr 4.5 %. Damit verfolgte die EZB weiterhin einen restriktiveren Kurs als das US Federal Reserve Board, welches die auf einem wesentlich höheren Niveau angesiedelten US-Leitzinsen im abgelaufenen Quartal unverändert ließ.

Nach dem erneuten Anstieg des Rohölpreises im dritten Quartal sowie nach Maßgabe der Rohölterminpreise ist für das heurige Jahr nicht mehr mit einem wesentlichen Rückgang der Inflationsrate zu rechnen. Zudem geht von den anhaltend hohen Geldmengenwachstumsraten im Euro-Raum nach wie vor ein Risiko für die Preisstabilität aus. Vor diesem Hintergrund lässt das Zinsstrukturmodell für den Euro-Raum bis zum Jahresende einen weiteren Zinsschritt im Ausmaß von 25 Basispunkten erwarten.

Auf den Anleihemärkten bewirkten die Interventionen der Notenbanken während der letzten Monate eine Stabilisierung der Inflationserwartungen und in der Folge eine Seitwärtsbewegung bei den Kursen für langlaufende Anleihen. Dementsprechend liegt die **zehnjährige Euro-Rendite** auf dem bereits im September 1999 erreichten Niveau. Bedingt durch die gestiegenen **Euro-Geldmarktzinsen** hat sich die **Euro-Zinsstrukturkurve** mithin weiter abgeflacht. Das Modell lässt erwarten, dass sich dieser Prozess im weiteren Jahresverlauf fortsetzen wird und zu einer (leichten) Inversion der Zinsstrukturkurve bei Anleihelaufzeiten bis zu 2 Jahren führt. Dieses Phänomen ist Ausdruck der Markterwartung, dass die geldpolitischen Maßnahmen der EZB greifen und zu niedrigeren Geldmengenwachstums- und Inflationsraten führen werden.

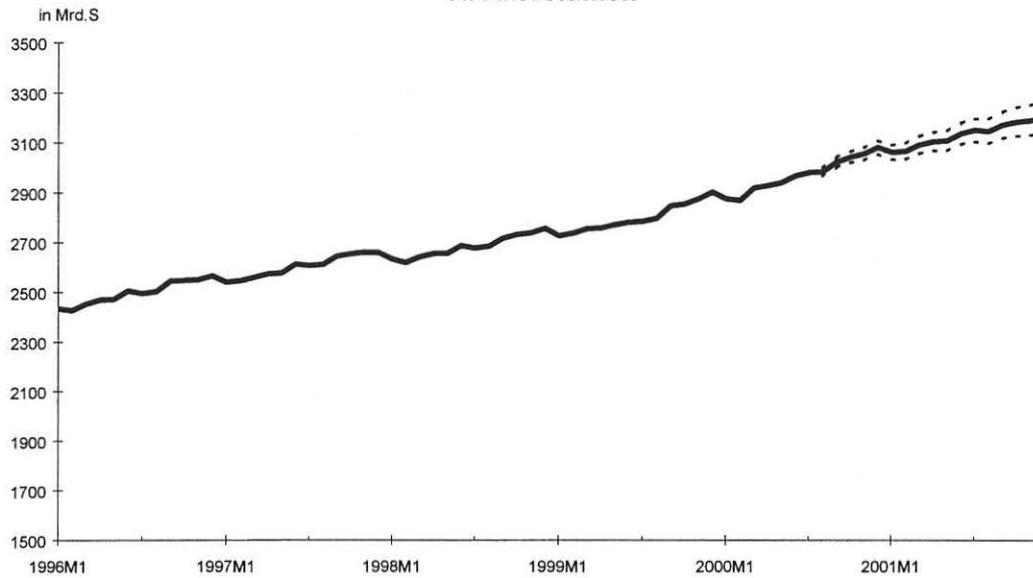
Gegeben die internationale Zinsentwicklung ist erstmals seit 10 Jahren für den Durchschnitt des Jahres 2000 wieder mit einer gegenüber dem Vorjahr steigenden österreichischen **Sekundärmarktrendite i.w.S.** von nominell 5.4 % zu rechnen. Unter Berücksichtigung der Prognose für den BIP-Deflator (0.4 %) ergibt sich damit vorübergehend ein außerordentlich hohes Realzinsniveau von 5.0 %. Für das nächste Jahr ist ein Verharren der Sekundärmarktrendite auf dem gegenwärtig erreichten Niveau zu erwarten, sodass sich die reale Rendite bei einem BIP-Deflator von 1.5 % auf 4.0 % zurückbildet.

Nachdem die **Bargeldmenge** im Jahre 1998 um 4.2 % abgenommen hat, war im Jahre 1999 wieder eine Expansion um 2.8 % zu verzeichnen, die sich konjunkturkonform auf 7.2 % im Jahr 2000 erhöhen wird. Während die **Sichteinlagen** schon im Jahre 1999 drastisch um 20.7 % zunahm, ist im heurigen Jahr wieder eine im Rahmen liegende Wachstumsrate von 12.9 % zu erwarten. Aus den Aggregaten Bargeld und Sichteinlagen folgt eine gegenüber den Vorjahren deutlich erhöhte **Geldmengenexpansion** (M_1) von 15.4 % im Jahre 1999, welche im Jahr 2000 auf 11.4 % zurückgehen wird. Im Einklang mit der leicht gedämpften Wirtschaftsdynamik werden die genannten Größen im Jahre 2001 ausnahmslos langsamer wachsen.

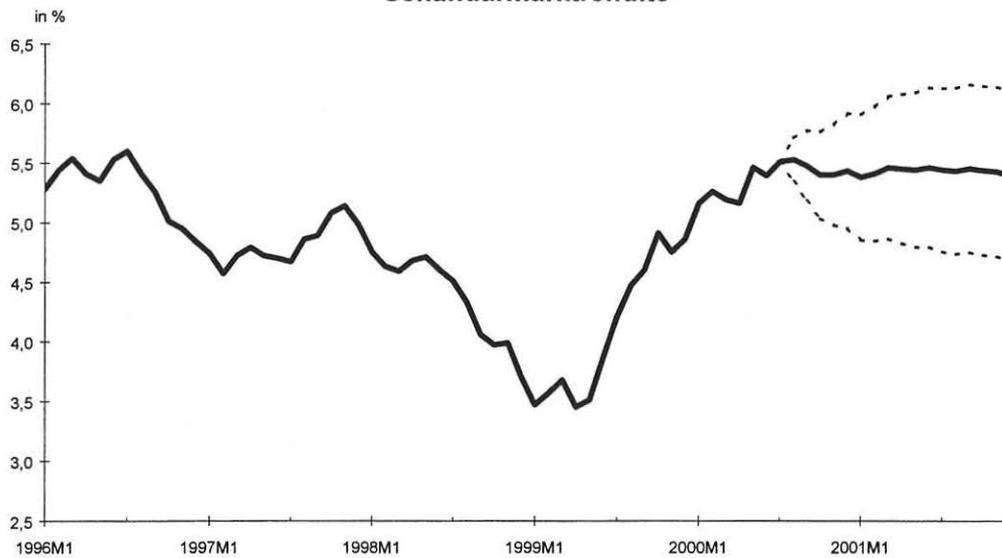
Bedingt durch die im Dezember 1998 zu beobachtende erratische Expansion der **Termineinlagen** hat sich diese Komponente im Durchschnitt des Jahres 1999 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt (+109.0 %). Für das Jahr 2000 ist wieder mit einer Normalisierung der Dynamik auf 8.2 % zu rechnen. Nach der geringen Expansion der **Spareinlagen** um 1.8 % im Jahr 1998 kam es im Jahr 1999 in Übereinstimmung mit der Einkommensentwicklung zu einer leichten Beschleunigung auf 2.4 %. Vor dem Hintergrund eines laut VGR im Jahr 2000 langsamer als im Vorjahr zunehmenden Arbeitnehmer-Entgeltes, der anhaltenden Nachfrage nach höherrentierlichen Sparformen und unter Berücksichtigung der für das Jahr 2000 anstehenden Großemissionen (Erste Bank, Telekom Austria) werden die Spareinlagen im Jahr 2000 um lediglich 1.2 % wachsen. Die Expansion des Einlagevolumens liegt damit deutlich unter den durchschnittlichen Wachstumsraten während der ersten Hälfte der neunziger Jahre. Diesbezüglich ist auch für das Jahr 2001 keine grundsätzliche Änderung zu erwarten.

Bei den **Direktkrediten an inländische Nichtbanken** kam es 1999 vor dem Hintergrund anhaltender Konsolidierungserfordernisse der öffentlichen Haushalte und einer weiterhin guten Liquiditätsausstattung der Unternehmen zu einer konjunkturkonformen Expansion des Kreditvolumens um 4.3 %. Im heurigen Jahr weitet sich bei höherer Wirtschaftsdynamik das Kreditvolumen rascher um 6.2 % aus. Nicht zuletzt aufgrund des auch im Jahre 2001 aus Unternehmenssicht weiterhin vergleichsweise hohen Realzinsniveaus reduziert sich das Expansionstempo des Kreditvolumens wieder auf 5.4 %.

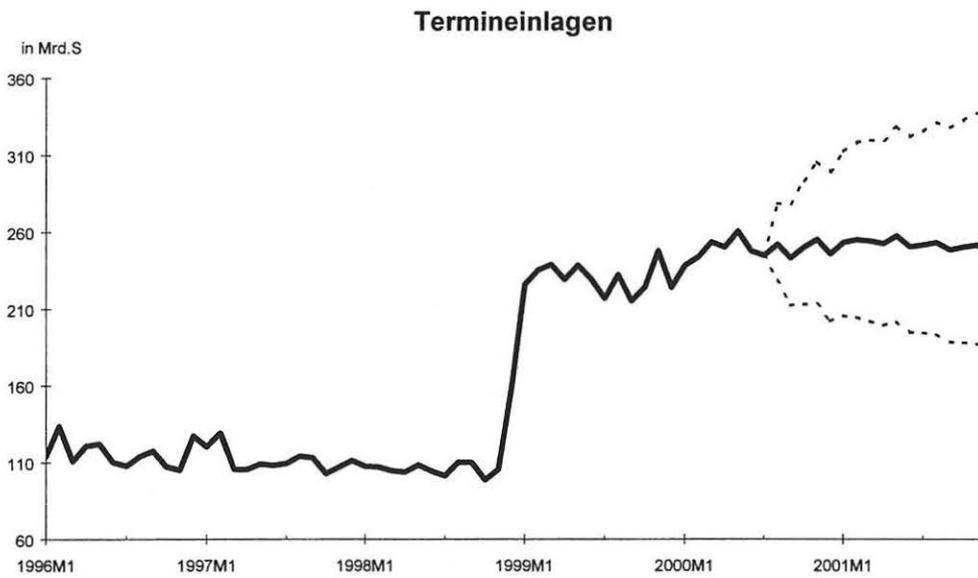
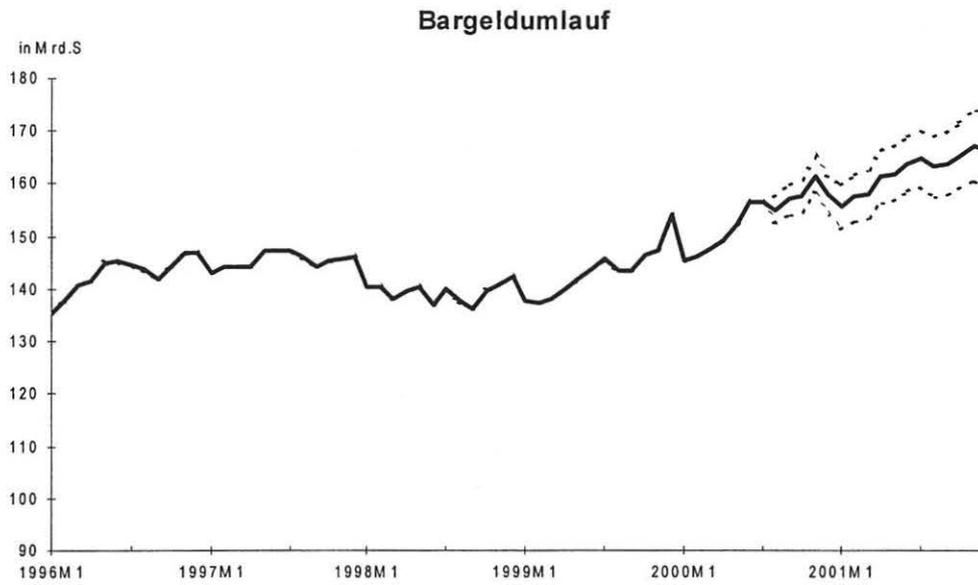
Kreditvolumen



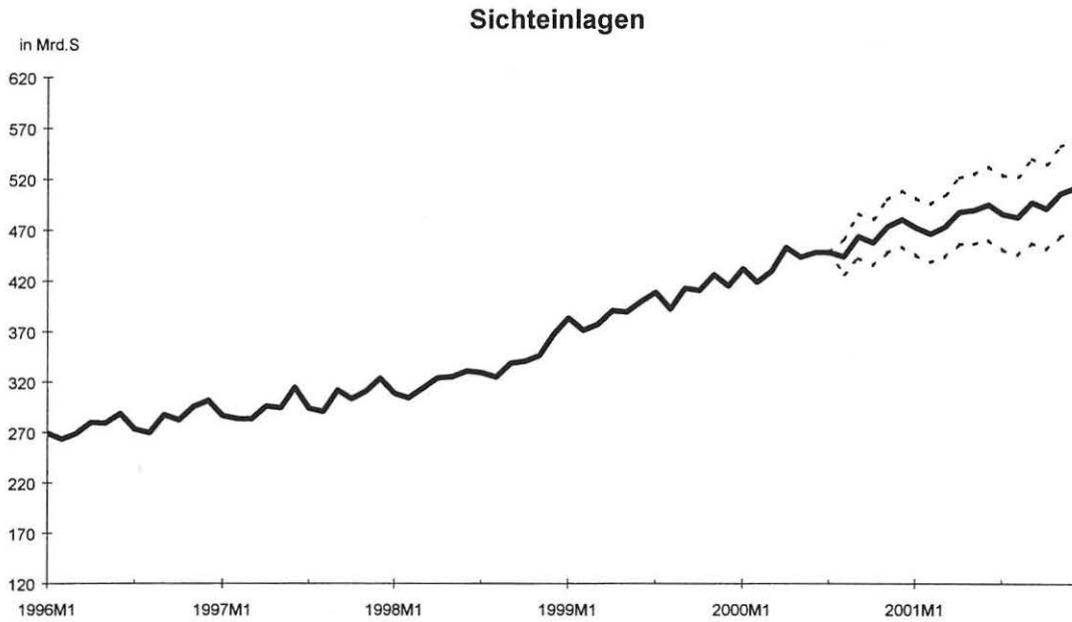
Sekundärmarkttrendite



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.



Erläuterung: Die strichlierten Linien ober- und unterhalb der durchgezogenen Linie, die den prognostizierten Verlauf angibt, stellen eine Bandbreite dar, in der die jeweils prognostizierte Variable mit einer Wahrscheinlichkeit von 0.9 zu liegen kommt.

TAB. 1/1 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL	2375,171	2422,225 2,0%	2451,016 1,2%	2521,506 2,9%	2573,818 2,1%	2660,541 3,4%	2734,051 2,8%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2375,171	2453,241 3,3%	2522,221 2,8%	2610,878 3,5%	2688,723 3,0%	2789,130 3,7%	2908,066 4,3%
PGDP	DEFLATOR DES BIP	100,000	101,280 1,3%	102,905 1,6%	103,544 0,6%	104,464 0,9%	104,833 0,4%	106,365 1,5%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX	350,184	356,686 1,9%	361,367 1,3%	364,696 0,9%	366,747 0,6%	374,815 2,2%	381,787 1,9%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHAEFTIGTEN	43,017	43,675 1,5%	44,147 1,1%	45,550 3,2%	46,769 2,7%	47,816 2,2%	49,203 2,9%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV- BESCHAEFTIGTE IN 1000	2972,259	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3065,890 1,0%	3087,352 0,7%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,569	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,901 -0,759	5,620 -0,281
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-61,782	-57,515 4,267	-79,230 -21,715	-64,462 14,768	-75,144 -10,682	-91,948 -16,804	-80,935 11,013

TAB. 1/2 : WACHSTUMSBEITRAEGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Var1	PRIVATER KONSUM		1,726	0,331	0,817	1,425	1,620	1,238
Var2	EIGENKONSUM NON-PROFIT		0,063	-0,248	0,050	0,050	0,044	0,026
Var3	OEFFENTLICHER KONSUM		0,260	-0,082	0,391	0,199	-0,078	-0,151
Var4	INVESTITIONEN		-0,052	0,488	1,424	-0,016	0,845	0,788
Var5	AUSRUESTUNGEN		0,267	0,423	1,006	0,555	0,842	0,649
Var6	BAUTEN		0,219	-0,230	0,561	0,133	0,178	0,148
Var7	STATISTISCHE DIFFERENZ		-0,012	0,485	-0,508	-0,308	0,145	0,000
Var8	EXPORTE I.W.S.		2,286	3,990	3,728	1,575	4,296	3,255
Var9	WAREN		1,112	4,089	2,363	1,788	4,091	2,924
Var10	DIENSTLEISTUNGEN		0,460	0,357	0,687	0,123	0,104	0,315
Var11	IMPORTE I.W.S.		-2,290	-3,775	-3,025	-0,851	-3,503	-2,394
Var12	WAREN		-1,153	-2,666	-2,237	-1,355	-2,692	-2,151
Var13	DIENSTLEISTUNGEN		-0,716	-0,078	-0,107	0,274	-0,424	-0,129
GDP	BRUTTO-INLANDSPRODUKT		1,981	1,189	2,876	2,075	3,369	2,763

TAB. 1/3 : INDIKATOREN DER OESTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	24,232	23,710 -0,522	23,914 0,204	24,629 0,716	24,113 -0,516	24,145 0,032	24,263 0,118
UREU	ARBEITSLÖSEN RATE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	3,900	4,400 0,500	4,400 0,000	4,500 0,100	3,800 -0,700	3,300 -0,500	3,200 -0,100
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN		4,022	3,218 -0,804	3,756 0,538	3,224 -0,531	5,010 1,785	3,968 -1,042
Var5	REALLOEHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	43,017	42,679 -0,8%	42,388 -0,7%	43,452 2,5%	44,326 2,0%	44,343 0,0%	44,823 1,1%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITAET JE AKTIV BESCH.	79,911	81,950 2,6%	82,567 0,8%	84,098 1,9%	84,790 0,8%	86,779 2,3%	88,557 2,0%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	5,077	3,795 -1,281	1,904 -1,892	2,463 0,559	2,023 -0,440	1,639 -0,384	0,757 -0,882

TAB. 2 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
C\$	PRIVATER KONSUM	1285,101	1357,063 5,6%	1389,493 2,4%	1419,518 2,2%	1466,685 3,3%	1543,921 5,3%	1607,861 4,1%
CNP\$	EIGENKONSUM NON-PROFIT	47,453	49,794 4,9%	44,204 -11,2%	46,245 4,6%	48,179 4,2%	50,124 4,0%	51,385 2,5%
CP\$	OEFFENTLICHER KONSUM	484,030	496,681 2,6%	499,101 0,5%	516,484 3,5%	530,655 2,7%	536,460 1,1%	537,490 0,2%
IF\$	BRUTTO INVESTITIONEN	575,545	581,238 1,0%	600,321 3,3%	645,774 7,6%	651,020 0,8%	686,285 5,4%	719,478 4,8%
IFE\$	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	215,684	221,299 2,6%	230,704 4,3%	255,802 10,9%	267,036 4,4%	291,860 9,3%	314,025 7,6%
IFC\$	BAUINVESTITIONEN	335,722	348,714 3,9%	351,773 0,9%	375,151 6,6%	387,282 3,2%	401,340 3,6%	412,653 2,8%
DIFII\$	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,024	-5,252 -7,276	25,537 30,789	-3,122 -28,659	1,564 4,686	2,788 1,224	2,788 0,000
VD\$	INLANDSNACHFRAGE	2394,153	2479,524 3,6%	2558,656 3,2%	2624,899 2,6%	2698,103 2,8%	2819,578 4,5%	2919,001 3,5%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903,736	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1172,387 9,1%	1218,651 3,9%	1363,662 11,9%	1472,212 8,0%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922,718	996,222 8,0%	1110,690 11,5%	1186,408 6,8%	1228,031 3,5%	1394,110 13,5%	1483,148 6,4%
GDP\$	B I P ZU MARKTPREISEN	2375,171	2453,241 3,3%	2522,221 2,8%	2610,878 3,5%	2688,723 3,0%	2789,130 3,7%	2908,066 4,3%

TAB. 3 : KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD.S ZU PREISEN VON 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
C	PRIVATER KONSUM	1285,101	1326,101 3,2%	1334,116 0,6%	1354,143 1,5%	1390,082 2,7%	1431,784 3,0%	1464,715 2,3%
CNP	EIGENKONSUM NON-PROFIT	47,453	48,947 3,1%	42,932 -12,3%	44,146 2,8%	45,398 2,8%	46,533 2,5%	47,231 1,5%
CP	OEFFENTLICHER KONSUM	484,030	490,216 1,3%	488,233 -0,4%	497,811 2,0%	502,837 1,0%	500,826 -0,4%	496,819 -0,8%
IF	BRUTTO INVESTITIONEN	575,545	574,304 -0,2%	586,127 2,1%	621,027 6,0%	620,627 -0,1%	642,384 3,5%	663,351 3,3%
IFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	215,684	222,017 2,9%	232,271 4,6%	256,928 10,6%	270,934 5,5%	292,609 8,0%	309,873 5,9%
IFC	BAUINVESTITIONEN	335,722	340,915 1,5%	335,355 -1,6%	349,117 4,1%	352,470 1,0%	357,052 1,3%	360,980 1,1%
DIFII	STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	2,024	1,742 -0,282	13,492 11,750	1,030 -12,462	-6,732 -7,762	-3,000 3,732	-3,000 0,000
VD	INLANDSNACHFRAGE	2394,153	2441,310 2,0%	2464,900 1,0%	2518,157 2,2%	2552,212 1,4%	2618,527 2,6%	2669,116 1,9%
X	EXPORTE I.W.S.	903,736	958,023 6,0%	1054,663 10,1%	1146,034 8,7%	1185,748 3,5%	1296,315 9,3%	1382,923 6,7%
M	IMPORTE I.W.S.	922,718	977,108 5,9%	1068,547 9,4%	1142,685 6,9%	1164,142 1,9%	1254,301 7,7%	1317,988 5,1%
GDP	B I P ZU MARKTPREISEN	2375,171	2422,225 2,0%	2451,016 1,2%	2521,506 2,9%	2573,818 2,1%	2660,541 3,4%	2734,051 2,8%

TAB. 4 : PREISINDIZES 1995 = 100

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
PC	PRIVATER KONSUM	100,000	102,335 2,3%	104,151 1,8%	104,828 0,6%	105,511 0,7%	107,832 2,2%	109,773 1,8%
PCP	OEFFENTLICHER KONSUM	100,000	101,319 1,3%	102,226 0,9%	103,751 1,5%	105,532 1,7%	107,115 1,5%	108,186 1,0%
PIF	BRUTTO INVESTITIONEN	100,000	101,207 1,2%	102,422 1,2%	103,985 1,5%	104,897 0,9%	106,834 1,8%	108,461 1,5%
PIFE	AUSRUESTUNGS- INVESTITIONEN	100,000	99,676 -0,3%	99,325 -0,4%	99,562 0,2%	98,561 -1,0%	99,744 1,2%	101,340 1,6%
PIFC	BAUINVESTITIONEN	100,000	102,288 2,3%	104,896 2,5%	107,457 2,4%	109,877 2,3%	112,404 2,3%	114,315 1,7%
PVD	INLANDSNACHFRAGE	100,000	101,565 1,6%	103,804 2,2%	104,239 0,4%	105,716 1,4%	107,678 1,9%	109,362 1,6%
PX	EXPORTE I.W.S.	100,000	101,244 1,2%	101,858 0,6%	102,299 0,4%	102,775 0,5%	105,195 2,4%	106,457 1,2%
PM	IMPORTE I.W.S.	100,000	101,956 2,0%	103,944 1,9%	103,826 -0,1%	105,488 1,6%	111,146 5,4%	112,531 1,2%
PGDP	B I P ZU MARKTPREISEN	100,000	101,280 1,3%	102,905 1,6%	103,544 0,6%	104,464 0,9%	104,833 0,4%	106,365 1,5%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
XG\$	WARENEXPORTE	581,421	613,910 5,6%	716,062 16,6%	776,264 8,4%	822,964 6,0%	954,128 15,9%	1047,652 9,8%
XSO\$	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,222	129,737 14,6%	144,062 11,0%	160,643 11,5%	164,182 2,2%	167,301 1,9%	175,245 4,7%
XST\$	REISEVERKEHR	135,995	135,335 -0,5%	134,085 -0,9%	138,404 3,2%	141,955 2,6%	147,690 4,0%	153,350 3,8%
XADJ\$	EXPORTE ADJUSTMENT	73,098	90,957 24,4%	80,046 -12,0%	97,076 21,3%	89,550 -7,8%	94,542 5,6%	95,965 1,5%
X\$	EXPORTE I.W.S.	903,736	969,939 7,3%	1074,255 10,8%	1172,387 9,1%	1218,651 3,9%	1363,662 11,9%	1472,212 8,0%
MG\$	WARENIMPORTE	643,977	685,453 6,4%	761,319 11,1%	813,995 6,9%	859,942 5,6%	989,972 15,1%	1065,970 7,7%
MSO\$	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,486	117,745 12,7%	122,953 4,4%	134,833 9,7%	132,107 -2,0%	140,932 6,7%	145,334 3,1%
MST\$	REISEVERKEHR	109,510	116,702 6,6%	123,244 5,6%	117,734 -4,5%	117,953 0,2%	126,835 7,5%	130,666 3,0%
MADJ\$	IMPORTE ADJUSTMENT	64,745	76,322 17,9%	103,174 35,2%	119,846 16,2%	118,029 -1,5%	136,371 15,5%	141,178 3,5%
M\$	IMPORTE I.W.S.	922,718	996,222 8,0%	1110,690 11,5%	1186,408 6,8%	1228,031 3,5%	1394,110 13,5%	1483,148 6,4%

TAB. 6 : EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. S ZU PREISEN 1995)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
XG	WARENEXPORTE	581,421	607,832 4,5%	706,873 16,3%	764,792 8,2%	809,869 5,9%	915,152 13,0%	992,940 8,5%
XSO	EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	113,222	127,193 12,3%	139,595 9,8%	154,613 10,8%	155,260 0,4%	155,260 0,0%	160,228 3,2%
XST	REISEVERKEHR	135,995	132,942 -2,2%	129,176 -2,8%	130,988 1,4%	133,441 1,9%	136,110 2,0%	139,513 2,5%
XADJ	EXPORTE ADJUSTMENT	73,098	90,056 23,2%	79,019 -12,3%	95,641 21,0%	87,178 -8,8%	89,793 3,0%	90,242 0,5%
X	EXPORTE I.W.S.	903,736	958,023 6,0%	1054,663 10,1%	1146,034 8,7%	1185,748 3,5%	1296,315 9,3%	1382,923 6,7%
MG	WARENIMPORTE	643,977	671,355 4,3%	735,929 9,6%	790,747 7,4%	824,919 4,3%	894,212 8,4%	951,442 6,4%
MSO	IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	104,486	116,811 11,8%	118,452 1,4%	129,150 9,0%	124,731 -3,4%	130,968 5,0%	133,325 1,8%
MST	REISEVERKEHR	109,510	114,190 4,3%	114,433 0,2%	106,365 -7,1%	103,885 -2,3%	108,560 4,5%	109,645 1,0%
MADJ	IMPORTE ADJUSTMENT	64,745	74,752 15,5%	99,733 33,4%	116,423 16,7%	110,607 -5,0%	120,562 9,0%	123,576 2,5%
M	IMPORTE I.W.S.	922,718	977,108 5,9%	1068,547 9,4%	1142,685 6,9%	1164,142 1,9%	1254,301 7,7%	1317,988 5,1%

TAB. 8 : LEISTUNGSBILANZ LT. OeNB MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
BPG	SALDO GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN	-67,064	-77,035 -9,971	-51,979 25,056	-45,258 6,721	-46,729 -1,471	-50,844 -4,115	-38,319 12,525
BPST	SALDO REISEVERKEHR ABSOLUTE DIFFERENZEN	26,483	18,631 -7,852	10,842 -7,789	20,670 9,828	24,245 3,575	20,855 -3,390	22,684 1,830
BPSO	SALDO SONST. DIENSTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	20,009	29,541 9,532	1,191 -28,350	8,523 7,332	8,771 0,248	2,541 -6,230	-0,301 -2,843
BPOP	SALDO SONST. POSITIONEN ABSOLUTE DIFFERENZEN	-23,952	-9,835 14,117	-18,567 -8,732	-24,484 -5,917	-35,078 -10,594	-38,000 -2,922	-37,500 0,500
BPTR	SALDO TRANSFERS ABSOLUTE DIFFERENZEN	-17,258	-18,817 -1,559	-20,717 -1,900	-23,913 -3,196	-26,353 -2,440	-26,500 -0,147	-27,500 -1,000
BPC	LEISTUNGSBILANZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	-61,782	-57,515 4,267	-79,230 -21,715	-64,462 14,768	-75,144 -10,682	-91,948 -16,804	-80,935 11,013

TAB. 9 : AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG OESTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Var1	M\$/GDP\$*100	38,848	40,608	44,036	45,441	45,673	49,984	51,001
	IMPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		1,760	3,428	1,405	0,232	4,310	1,017
Var2	MG\$/GDP\$*100	27,113	27,941	30,184	31,177	31,983	35,494	36,656
	IMPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,828	2,244	0,993	0,806	3,511	1,162
Var3	X\$/GDP\$*100	38,049	39,537	42,592	44,904	45,325	48,892	50,625
	EXPORTQUOTE, GESAMT ABSOLUTE DIFFERENZEN		1,488	3,055	2,312	0,421	3,567	1,733
Var4	XG\$/GDP\$*100	24,479	25,024	28,390	29,732	30,608	34,209	36,026
	EXPORTQUOTE, GUETER ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,545	3,366	1,342	0,876	3,601	1,817
Var5	BPC/GDP\$*100	-2,601	-2,344	-3,141	-2,469	-2,795	-3,297	-2,783
	LEISTUNGSBILANZQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN		0,257	-0,797	0,672	-0,326	-0,502	0,514

TAB. 10 : ARBEITSMARKT

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
POPWAT	ERWERBSFAEHIGE BEVOELKERUNG IN 1000	5221,600	5237,000 0,3%	5254,500 0,3%	5266,200 0,2%	5271,500 0,1%	5266,800 -0,1%	5259,800 -0,1%
TLFPR	ERWERBSQUOTE	70,002	69,623 -0,5%	69,613 0,0%	69,962 0,5%	70,199 0,3%	70,331 0,2%	70,683 0,5%
TLF	ERWERBSPERSONEN	3655,202	3646,161 -0,2%	3657,817 0,3%	3684,359 0,7%	3700,541 0,4%	3704,192 0,1%	3717,766 0,4%
Var1	INLAENDISCHE ERWERBSPERSONEN	3330,008	3318,204 -0,4%	3331,510 0,4%	3357,314 0,8%	3366,933 0,3%	3358,908 -0,2%	3363,849 0,1%
DLFFOR	AUSLAENDISCHES ARBEITS- KRAEFTEANGEBOT	325,194 2,8%	327,957 0,8%	326,307 -0,5%	327,045 0,2%	333,608 2,0%	345,284 3,5%	353,916 2,5%
SEG	SELBSTAENDIG ERWERBSTAETIGE	371,300	368,400 -0,8%	368,900 0,1%	369,900 0,3%	370,900 0,3%	372,755 0,5%	374,618 0,5%
DLF	ARBEITSKRAEFTEANGEBOT	3283,902	3277,761 -0,2%	3288,917 0,3%	3314,459 0,8%	3329,641 0,5%	3331,438 0,1%	3343,147 0,4%
LEA	UNSELBSTAENDIG AKTIV-BESCHAEFTIGTE	2972,259	2955,750 -0,6%	2968,506 0,4%	2998,307 1,0%	3035,535 1,2%	3065,890 1,0%	3087,352 0,7%
LENACT	KUG-BEZIEHER UND PRAESENZDIENER	95,927	91,504 -4,6%	87,063 -4,9%	78,359 -10,0%	72,363 -7,7%	68,962 -4,7%	67,928 -1,5%
UN	ARBEITSLOSE	215,716	230,507 6,9%	233,348 1,2%	237,793 1,9%	221,743 -6,7%	196,586 -11,3%	187,868 -4,4%
UR	ARBEITSLOSENRATE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6,569	7,032 0,464	7,095 0,063	7,174 0,079	6,660 -0,515	5,901 -0,759	5,620 -0,281

TAB. 11 : EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. S ZU LAUFENDEN PREISEN)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM.	2375,171	2453,241 3,3%	2522,221 2,8%	2610,878 3,5%	2688,723 3,0%	2789,130 3,7%	2908,066 4,3%
YWGG\$	ARBEITNEHMER-ENTGELT LT. VGR	1278,584	1290,932 1,0%	1310,505 1,5%	1365,715 4,2%	1419,680 4,0%	1465,996 3,3%	1519,069 3,6%
BUSE	BRUTTOBETRIEBSUEBER- SCHUSS/SELBST.EINK	808,129	863,281 6,8%	882,747 2,3%	911,140 3,2%	926,683 1,7%	966,396 4,3%	1018,345 5,4%
PASUB	PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	288,458	299,028 3,7%	328,969 10,0%	334,023 1,5%	342,360 2,5%	356,739 4,2%	370,652 3,9%
YF\$	PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-26,950	-11,525 -57,2%	-14,159 22,9%	-23,451 65,6%	-52,337 123,2%	-62,804 20,0%	-65,945 5,0%
DEP\$	ABSCHREIBUNGEN LT. VGR	313,455	324,671 3,6%	335,027 3,2%	347,576 3,7%	360,089 3,6%	372,692 3,5%	388,718 4,3%
Y\$	NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	2034,766	2117,045 4,0%	2173,035 2,6%	2239,851 3,1%	2276,297 1,6%	2353,634 3,4%	2453,404 4,2%
YT\$	LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-7,121	-11,466 61,0%	-10,235 -10,7%	-15,824 54,6%	-16,968 7,2%	-16,968 0,0%	-16,968 0,0%
NE\$	VERFÜGBARES NETTOEINK. DER VOLKSWIRTSCHAFT	2027,645	2105,579 3,8%	2162,800 2,7%	2224,027 2,8%	2259,329 1,6%	2336,666 3,4%	2436,436 4,3%

TAB. 12 : MONETAERER BEREICH (JAHRES DURCHSCHNITTE)

		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
BGK	BARGELD OHNE GOLD- UND SILBERMUNZEN	135,077 4,6%	142,709 5,6%	145,390 1,9%	139,338 -4,2%	143,226 2,8%	153,538 7,2%	162,176 5,6%
SI	SICHTEINLAGEN	245,472 9,2%	279,972 14,1%	299,391 6,9%	329,513 10,1%	397,813 20,7%	449,008 12,9%	487,641 8,6%
M1	GELDMENGE M1	380,549 7,5%	422,681 11,1%	444,781 5,2%	468,851 5,4%	541,039 15,4%	602,546 11,4%	649,818 7,8%
TE	TERMINEINLAGEN INKL. AUFGENOMMENE GELDER	121,700 9,1%	115,753 -4,9%	111,137 -4,0%	109,917 -1,1%	229,681 109,0%	248,624 8,2%	251,946 1,3%
SP	SPAREINLAGEN	1513,810 0,6%	1550,190 2,4%	1588,122 2,4%	1616,398 1,8%	1655,351 2,4%	1674,620 1,2%	1701,220 1,6%
D	EINLAGEVOLUMEN	1880,982 2,2%	1945,915 3,5%	1998,650 2,7%	2055,828 2,9%	2282,845 11,0%	2372,252 3,9%	2440,808 2,9%
KV	KREDITVOLUMEN	2353,374 5,7%	2497,248 6,1%	2603,403 4,3%	2682,426 3,0%	2798,316 4,3%	2969,412 6,1%	3132,001 5,5%
RSEK	SEKUNDAERMARKT- RENDITE i.w.S.	6,467 -3,1%	5,302 -18,0%	4,822 -9,1%	4,377 -9,2%	4,113 -6,0%	5,363 30,4%	5,428 1,2%
REU3M	EUROANLEIHEN-RENDITE 3M *	4,471 -15,4%	3,211 -28,2%	3,291 2,5%	3,493 6,2%	2,876 -17,7%	4,581 59,3%	5,121 11,8%
REU10J	EUROANLEIHEN-RENDITE 10J *	6,974 -0,8%	6,336 -9,1%	5,679 -10,4%	4,660 -18,0%	4,700 0,9%	5,435 15,6%	5,390 -0,8%

* IHS/RZB-Zinsstrukturmodell.

TAB. 13 : WECHSELKURSE

	1998	1999	2000	2001
USD/EUR	1,114	1,065	0,922	0,920
ATS/USD	12,347	12,916	14,924	14,953
		-4,4%	-13,5%	-0,2%
GBP/EUR	0,672	0,659	0,610	0,623
ATS/GBP	20,467	20,895	22,542	22,074
		-2,1%	-7,3%	2,1%
YEN/EUR	145,539	120,640	98,661	93,697
ATS/100YEN	9,455	11,406	13,947	14,686
		-17,1%	-18,2%	-5,0%
SFR/EUR	1,613	1,601	1,558	1,500
ATS/SFR	8,531	8,597	8,829	9,171
		-0,8%	-2,6%	-3,7%

IHS/RZB-Wechselkursmodell.

Autoren: Bernhard Felderer, Daniela Grozea-Helmenstein, Christian Helmenstein, Helmut Hofer, Jaroslav Hlouskova, Reinhard Koman, Elizaveta Krylova, Robert Kunst, Monika Riedel, Edith Skriner, Martin Wagner
Andrea Weber

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2000/2001

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 14

Redaktion: Nina Gritzky

© 2000 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 5970635 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
